

# Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 65 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Genthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

## In den neuen Regierungsmaßnahmen.

Wer die politischen und sozialen Zustände in Deutschland nur nach den Regierungsmaßnahmen der letzten Wochen beurteilen will, der kann leicht zu der Anschauung kommen, als herrsche in Deutschland namentlich unter den arbeitenden Klassen eine hochgradige Aufregung. Diese vermeintliche Aufregung müßte durch einen plötzlichen Umschlag der öffentlichen Stimmung herbeigeführt worden sein, denn vorher konnte Niemand eine Ahnung haben, daß eine solche Aufregung bestehe. Die Regierung hat zunächst die bekannte Sireitoverfügung erlassen; dann hat sie die Anmeldevorschriften für Versammlungen ausgedehnt, und schließlich liegen auch zwei Anträge bezüglich der Verjährung der Strafbarkeit von Zeitungsartikeln und des Ausschlusses der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen vor, die beide als hauptsächlich gegen die Presse gerichtet zu betrachten sind. Das ist viel auf einmal und Tausende fragen erstaunt: Was ist denn los, daß man auf einmal sich bewogen fühlt, auf solche Weise vorzugehen?

Daß etwas geplant war, konnte man, wenn man näher zusah, schon längst bemerken und es schwirrten allerlei dunkle Gerüchte umher. Auch ist es nicht unmwahrscheinlich, daß noch weitere Maßnahmen beabsichtigt sind.

Nun ist die Regierung mit einer Denkschrift an den Reichstag gekommen, in welcher sie zu begründen versucht, warum sie eine weitere Einschränkung des ohnehin schon so sehr beschränkten Versammlungsbereichs für nothwendig erachtet hat. Nun, wir können uns schmeicheln, aber das, was in Berliner Arbeiterkreisen vorgeht, ist leichtlich unterrichtet zu sein. Was wir indessen aus der Denkschrift erfahren, ist zum Theil so alt, daß wir nicht viel mehr dazu sagen mögen, zum Andern so gänzlich neu, daß auch wir unsere Ueberraschung nicht verhehlen können.

Recht alt sind die Behauptungen der Denkschrift in Bezug auf das Verhalten der Sozialdemokratie zu den Streiks. Wir glauben ja gerne, daß sozialdemokratische Arbeiter — die Denkschrift nennt sie „Agitatoren“ — bei Streiks theilhaftig gewesen sind, wir wissen auch, daß dies ganz sicher der Fall ist. Allein ist dies nicht ganz natürlich? Gestattet die Gewerbeordnung nicht ausdrücklich die Arbeitseinstellungen? Was aber die Stellung der sozialdemokratischen Partei als solche zu den Streiks betrifft, so trifft hier die Auffassung der Denkschrift auch nicht entfernt zu. Uebrigens ist diese Stellung in diesem und anderen Blättern schon so oft bargelegt worden, daß wir heute darauf verzichten, es abermals zu thun. Wir können nicht fortwäh-

rend Wasser ins Meer tragen, denn wer nicht verstehen will, den kann man nicht überzeugen.

Nun aber ist die Behauptung der Denkschrift, es bestände unter den Eisenbahnarbeitern die Absicht, durch Arbeitseinstellungen den Eisenbahnverkehr Berlin mit der Provinz unmöglich zu machen und so die Hauptstadt vom Lande abzuschneiden. Es wird von „Anzeichen“ gesprochen, die auf eine solche Eventualität hinweisen. Nun, wir wollen abwarten, wie die Regierung diese Behauptungen beweisen wird. Das darf man wohl verlangen, denn der überaus magere Inhalt der Denkschrift, die aus einfachen, durch keine Thatsachen erhärteten Behauptungen besteht, kann doch nicht als Begründung für die so tief einschneidenden Maßnahmen der Regierung betrachtet werden. Der Regierung werden zwei Gelegenheiten geboten sein, sich über die Sache auszusprechen; einmal bei der Berathung der Denkschrift und dann auch bei der auf die Regierungsmaßnahmen bezüglichen Interpellation der sozialdemokratischen Abgeordneten. Wir sind ungemein gespannt darauf, was Herr v. Puttkamer und Herr Raybach dem Lande mittheilen werden.

Die auf die Versammlungsanmeldung bezügliche Anordnung des Gesamtministeriums betrifft alle Parteien; es werden also nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Herren Richter, Gremer, Süder und von Hammerstein, wenn sie in Berlin sprechen wollen, genöthigt sein, ihre Versammlungen 48 Stunden zuvor anzumelden, damit die Polizei — nach den Angaben der Denkschrift — Zeit hat, sich eingehend zu informieren, ob nicht Anzeichen vorliegen, daß in diesen Versammlungen Umsturzbestrebungen zu Tage treten könnten. Recht nativ ist es daher von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, sich darüber zu verwundern, daß freisinnige und ultramontane Blätter den Erlaß bezüglich der Versammlungsanmeldungen heftig angreifen. Den Freisinnigen ruft das Blatt höhnend zu, daß sie durch ihre Opposition gegen diese Maßnahmen die „Bourgeois-Interessen“ verletzen. Wir halten von dem politischen Freisinn der „Freisinnigen“ auch nicht viel; allein es ist doch die einfache Pflicht des Liberalismus, für die von ihm durch die Gewerbeordnung dekretirte Berechtigung der Arbeitseinstellung einzutreten.

Schließlich wollen wir denn doch auch noch darauf aufmerksam machen, daß schon mehr als tausend Jahre vor der Entstehung der Sozialdemokratie es Arbeitseinstellungen gab. Schon die altrömischen Geschichtsschreiber berichten von solchen. Sie nahmen aber gewöhnlich einen weit ungemüthlicheren Verlauf, als jene, bei denen deutsche Arbeiter theilhaftig waren. Möge man also endlich doch aufhören, dem Spießbürgerthum glauben machen zu wollen, daß Sozialdemokratie und Streiks ein

und dasselbe sind, wie das in offiziellen Blättern so oft geschieht.

Das schließlich auch noch gegen die Presse Maßnahmen für nöthig befunden werden, kann man sich unter diesen Umständen denken. Es giebt ja Leute genug, welche wünschen, daß außer der „Norddeutschen Allgemeinen“, der „Kreuzzeitung“ und den landräthlichen Amtsblättern Niemand zu Worte kommen möchte; aus konservativen Reden klingt dies oft deutlich genug hervor.

Bei der Beschlußfassung über die neuen Maßnahmen gegen die Presse wird es sich zeigen, ob die neu erworbene Freundschaft des Zentrums sichhaltig ist oder nicht. Die „Germania“ geberdet sich zwar recht oppositionell, aber man kennt das ultramontane Krugspiel. Wir werden ja noch früh genug sehen, wie der Hase läuft.

## Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit.

Wie wir schon andeuteten, fragt die „Nord. Allg. Ztg.“ vom Dienstag Abend ganz offen heraus, ob die „Bourgeoispresse“ (so nennt sie die freisinnige Presse) und die freisinnige Partei denn noch Anspruch darauf erheben dürfen, von den Unternehmern unterstützt zu werden, oder ob nicht vielmehr gerade die Regierung mit ihren Streik- und Versammlungseinschränkungen das Unternehmertum vor einer schweren Gefahr behüte. Das Kanzlerblatt fordert sogar die bestehenden Klassen auf, „Einspruch“ gegen die Haltung der Freisinnigen zu erheben, den „Blättern“ Remedur aufzundhigen, da sonst die Regierung sich auch eines anderen besinnen könne. Es heißt da: „Wenn die Organe der Bourgeoisie darin vollkommen übereinstimmen, daß der erwähnte Staatsministerialerlaß gerade deshalb zu bedauern sei, weil er in die Lohnstreikketten während eingreife, so muß man wohl annehmen, daß man dort, wo die Unternehmer-Interessen ihren legitimen Ausdruck finden, mit den in der Lohnbewegung erhobenen Forderungen im Ganzen und Großen einverstanden sei. Man wird, weil fortgesetzt die Bourgeoisleser jener Blätter der Haltung derselben nicht widersprechen, ferner zu der Ueberzeugung kommen müssen, man habe sich über die Tiefe der sozialen Differenzen im Irrthum befunden und die Unternehmerklasse sei im Großen und Ganzen bereit, die von der Arbeiterklasse erhobenen Forderungen als „berechtigte“, vielleicht sogar als „gemäßigte“ anzuerkennen. Andere Schlüsse wird Jemand, der die Dinge des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens objektiv betrachtet, aus dem Verhalten der Bourgeoisorgane nicht zu ziehen vermögen. Wenn schließlich die Patronen der Bourgeoispresse ihnen nicht erwünschte Dinge erleben sollten, so werden sie es theils der Haltung der von ihnen begünstigten Presse, theils der eigenen Indolenz zuschreiben haben.“ Selbst der „Ratio nalist.“ ruft dieses Vorgehen des Regierungsborgans „sehr weitgehende

kaum zehn oder zwölf Sekunden, dann war wieder Alles todtentill.

„Was nur mit den verdamnten Vögeln heute Abend ist!“ flüsterte Gandor leise und ärgerlich vor sich hin; „mich können sie doch wahrhaftig nicht gehört haben.“

Aber ihm blieb auch keine lange Zeit, darauf zu achten, denn im Knirschen des Riefes hörte er einen leichten Schritt und erkannte gleich darauf eine dunkle Gestalt, die rasch und scheu den Weg heraufkam. Jetzt fiel das Mondlicht auf sie — es war Paula, und im nächsten Augenblick hielt er die Geliebte in den Armen.

Mit süßen Schmeichelnworten wollte er sie begrüßen; aber Paula hatte in diesem Moment nur Thränen, denn Angst und Aufregung, die ihre Nerven zum Neupfersten gespannt, überäubten bei diesem ersten Begegnen jedes andere Gefühl.

„Mein liebes Mädchen,“ flüsterte Gandor, „beruhige Dich doch, ich bin ja bei Dir, ich halte Dich ja wieder einmal in den Armen! — Was ist Dir denn nur, Deine ganze Gestalt zittert ja wie Espenlaub.“

„Die Angst, entdeckt zu werden, Rudolph,“ bat das arme Mädchen; „o, zürne mir nicht, aber nur mit schwerem Herzen wagte ich den Schritt — nur gezwungen von der Gewalt der Eltern, die mich ihren Standesvorurtheilen opfern wollen.“

„So ist das Furchtbare wahr?“

„Seider ja — morgen in acht Tagen soll ich dem jungen Grafen Volten verlobt werden; ich habe gebeten und gesteht — umsonst, Vater und Mutter haben kein Erbarmen gegen ihr Kind, und mit Gewalt soll ich zum Altar geschleppt werden!“

„Das dürfen sie nicht, Herz,“ rief Gandor, „das ist gegen die Gesetze des Landes, und wenn Du Dich weigerst...“

„Aber wie darf ich, wie kann ich denn?“ klagte das arme Mädchen. „Bin ich denn im Stande, ihnen zu sagen, daß ich Dich, nur Dich liebe und nie einem andern Mann meine Hand reichen, ihn mit einem schon vergebenen Herzen betrügen würde?“

## Feuilleton.

### Eine Mutter.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

(Fortsetzung)

Den Kiesweg herauf, der durch den Park führt, trabte ein Reiter. Es war der junge Graf George, welcher von seinem Besuch zurückkehrte, sein Pferd dem herzu springenden Stallknecht übergab und dann hinauf in sein Zimmer ging.

Zu gleicher Zeit belebte sich auch der Platz am alten Thurm. Zuerst schüttelte sich in geheimnißvoller Weise einer der Wipfel junger Bäume, die dicht an der Mauer standen; dann wurde über dieser ein vorsichtig gehobener Kopf sichtbar, der aber viele Minuten lang aufmerksam in seiner Stellung verharrte und in dem Schauen der dichten Wipfel auch kaum, selbst von der Terrasse aus, hätte erkannt werden können. Erst als Alles ruhig blieb, regte sich die Gestalt auf's Neue, und der Maulwurfsänger — dem der Graf so ernstlich den Besuch des Grundstücks nach Dunkelwerden verboten hatte — kroch vorsichtig über die niedere Mauer und sprang auf den Rasenrand nieder, der die Bäche umschloß, damit in dem aufgerechten Kiesweg seine Fußspuren nicht sichtbar wurden.

Legend etwas Nichtsnutziges hatte der alte Bursche im Weel, das war sicher, er hätte sonst nicht so scheu den dunkelsten Schatten der Bäume gesucht und jede nur mögliche Vorsicht gebraucht, um nicht entdeckt zu werden. So hüter der kleine, baumumflossene Platz hier auch lag, er hielt sich nicht lange dort auf, horchte noch einmal, ob Alles sicher war, und tauchte dann in das dicke Strauchwerk einer kleinen Lajagruppe ein, das sich wie eine Mauer hinter ihm schloß.

Und es war die höchste Zeit gewesen, daß er sich entfernt hatte, denn kaum konnte er den Platz fünf Minuten verlassen haben, als auf dem kleinen Pfad,

der hier vom Park herauf führte, ein anderer scheuer Besuch heranschlich, der eben so vorsichtig, wie der ihm vorausgegangene, nach allen Seiten horchte und dann langsam den kleinen Hügel erstieg, auf welchem der alte Thurm lag.

Der jetzige Besuch trug einen dunkeln Mantel und eine ebensolche Mütze, und blieb, als er den oberen Raum erreichte, vorsichtig stehen und horchte wieder; aber nichts regte sich, todtentill lag der Platz, und nur rechts im Dickicht — er drehte erschreckt den Kopf danach um — flatterte ein kleiner Vogel und strich, aufgeschreckt von seinem Ruheplatze, ängstlich zwißernd über die Hügelgruppe und in das nächste Dickicht hinein.

Gandor — denn niemand Anders war der späte und heimliche Besuch — dachte aber nicht daran, daß irgend eine Ursache das kleine Thier erschreckt haben mußte, und daß das möglicher Weise ein Meinsch sein könne, dem er hier gerade nicht gern begegnet wäre. Er fühlte sich vollkommen beruhigt, als er sah, daß die Ursache des Geräusches nur ein kleiner, unschuldiger Vogel gewesen. Am Wirthurm war Niemand, und als er sich davon überzeugt hatte, glitt er zu der nämlichen Stelle der Mauer, wo Paula an jenem Nachmittage erst das kleine Zettelchen verborgen hatte. Das fand er auch und öffnete es, aber es war nicht möglich, bei dem ungewissen Schein des Mondes die noch dazu auf dunkles Papier geschriebenen feinen Schriftzüge zu lesen; er schob den Zettel deshalb in die Tasche, hüllte sich wieder in seinen Mantel und trat dann, um seine Zeit abzuwarten, halb in das nämliche Lajagebüsch hinein, in welchem vorher der Maulwurfsänger verschwunden war. Aber doch nicht so weit, daß er den freien Platz hier oben nicht vollständig hätte übersehen können, während er beim Nahen irgend einer Gefahr im Stand war, in dem Dickicht zu verschwinden.

So mochte er etwa eine Viertelstunde regungslos und dem geringsten Geräusch horchend gestanden haben, als er plötzlich einen großen Vogel weiter drin im Dickicht und etwas mehr den Hang hinunter flattern und mit den Flügeln schlagen hörte. Er horchte hoch auf; das dauerte aber

„Besorgnisse“ hervor, aber wenn sie hieraus die Verlegenheit erkennen will, in welche die Regierung mit ihrer Veranordnung gerathen ist, so beweist das unsern Erachtens eine gänzliche Verkennung der Sachlage. Nicht aus Verlegenheit, sondern aus lange vorbedachter Absicht stellt sich die Regierung plötzlich als Ketterin der Bourgeoisie hin. Sie weiß, was sie will, und für Herrn Eugen Richter steht die schwerste Prüfungzeit, die ihn treffen konnte, erst noch bevor. Daß seine Partei des Unternehmertums nicht entbehren kann, weiß er recht wohl. Noch nach dem Streikverbot hat er z. B. tagtäglich mit den Baugewerksmeistern harrirt, die Arbeiter aber links liegen lassen. Jetzt zwingt ihn die Regierung, sich offen in Zwiespalt zu setzen mit denjenigen Kreisen, in denen die Kraft seiner Partei wurzelt. Wie wird Herr Richter aus dieser Prüfung hervorgehen?

Ein in parlamentarischen Kreisen verbreitetes Gerücht scheint unsere Auffassung zu bestätigen, daß weitgehende politische Ziele der Regierung bei ihren Maßnahmen vorzuschweben. Darnach hätte Herr v. Puttkamer den Streikverbot für zureichend gehalten, um die Lohnbewegung einzuschranken; lediglich auf Fürst Bismarck's eigenes Eingreifen sei der neueste Ministerialbeschluss zurückzuführen. In der That um sein letztes Ziel, welches mit der Lohnbewegung gar nichts zu thun hat, zu erreichen, bedarf der Kanzler nicht nur der Streikverbote, sondern auch der Befugniß, politische Versammlungen — und zwar gerade solche der Fortschrittspartei — nicht zu genehmigen.

## Politische Uebersicht.

Ueber den wahrscheinlichen Verlauf der Reichstagsverhandlungen schreibt die „Presse“: Zunächst soll die Höhe des Budgets einen Druck auf die Beratungen ausüben. Ende der Woche frühestens kann die Branntweinsteuervorlage an die Kommission gelangen. Diese hat alsdann einschließend Feststellung und Druck des Kommissionsberichts und einschließend von zwei Feiertagen nur 13 Tage Zeit, wenn die Vorlage so zeitig an das Plenum gelangen soll. — bis zum 5. Juni — daß eine Erledigung in zweiter und dritter Beratung vor Pfingsten (13. Juni) noch möglich ist, und doch rechnet man offenbar darauf, daß die Unlust, nach Pfingsten — etwa zum 21. Juni — nochmals nach Berlin zurückzulehren, einen Druck hervorbringen wird, um in solchem Galopp tempo die Steuervorlage zu erledigen. Dabei ist dem Reichstage von vornherein in fast künstlicher Weise erschwert worden, eine gründliche Prüfung in knapper Zeit vorzunehmen. Die Monopolverträge, welche am 22. Februar an den Reichstag gelangte, war schon am 8. Januar in dem Wortlaut des preussischen Antrages nebst Motiven veröffentlicht worden. Diesmal sind nur die Umrisse der Vorlage und auch diese nur gegen den Willen der preussischen Regierung bekannt geworden. Man wollte dadurch insbesondere größere Interessentkreise abhalten, gegen die Vorlage vorzustellen zu werden, hat aber zugleich den Abgeordneten die Prüfung damit erschwert. Und dabei handelt es sich um eine Mehrbelastung der Steuerzahler, größer als alle Belastungen zusammengenommen, welche man seit 1879 in einer Reihe von Zoll- und Steuervorlagen auf den Volkshaushalt gebracht hat. Noch dazu fällt diese Mehrbelastung von mehr als 200 Millionen zusammen mit einer Zeit wirtschaftlicher Depressen und allgemeinen Rückganges in den Erwerbsverhältnissen. In der That! Ein solches Vorgehen der Regierung erscheint nur erklärlich, wenn dieselbe berechtigt ist, auf eine Willkürigkeit ohne gleichen seitens der im Reichstage ausschlaggebenden Zentrumspartei zu rechnen, denn die Nationalliberalen allein thun es im Reichstage nicht.

Das bayerische „Vaterland“ hat ausgerechnet, daß das bayerische Militärbudget mit seinen 45 1/2 Millionen Mark seit den Tagen König Ludwig's I. um mehr als das Vierfache gestiegen ist. Das gesammte bayerische Budget hat sich in dieser Zeit von 32 Millionen Gulden auf ca. 243 Mil. Mark vermehrt.

Ob der Streikverbot des Ministers von Puttkamer oder die völlige Aufhebung des Versammlungsrechtes in Berlin im Allgemeinen mehr zu verurtheilen ist, darüber braucht man sich den Kopf nicht zu zerbrechen, beide Maßregeln sind geeignet, gerade der Arbeiterbewegung empfindlichen Schaden zuzufügen. Der Streikverbot richtet sich aber noch unmittelbar gegen die Bestrebungen der Arbeiter, als die Aufhebung des Versammlungsrechtes und wir hatten, da unser Blatt speziell die Interessen der Arbeiter vertritt, ganz recht, wenn wir die erstere Maßregel als noch tiefer in das ganze Volkswesen einschneidend erklärten, als die letztere. Ganz bestimmt aber hatten wir auch recht, wenn wir erklärten, daß ein Theil der liberalen Presse, welche jetzt eine heilige Sprache gegen die Beschränkung der Versammlungsfreiheit führt, dem Streikverbot des Ministers v. Puttkamer, der speziell die Arbeiter trifft, läßt sich ans Herz hinan gegenüber gefanden habe. Wir hatten bei unserer Behauptung vorzugsweise die „Freis. Zig.“ im Auge, die den Streikverbot des Ministers von Puttkamer

lamer zwar nicht vertheidigt, aber die Tragweite desselben — wohl im Interesse der Unternehmer — ihren Lesern verschwiegen hat. So dreht sich das Blatt auch noch immer, daß der ministerielle Streikverbot von großer Bedeutung sei, da er keine Präventivmaßregeln im Gefolge habe. Das ist pure Wortklauderei. Wenn in dem Erlass an die Polizeibehörden Ordre erlassen wird, darauf zu achten, daß die Streikenden die zuweisenden Arbeiter nicht einmal „überreden“, von der Arbeit fern zu bleiben, dann ist dies eine Vorbeugungsmaßregel gegen das Gelingen des Streiks von der einschneidendsten Sorte, allerdings den Unternehmern und ihren Vertretern zu großer Freude und zu großer Unterstützung. Das Vorbild der „Freis. Zig.“, die „Baugewerkszig.“, hat jenen Erlass deshalb auch mit großem Jubel begrüßt, während dasselbe Blatt sich um die neueste Ministerialverordnung wenig kümmert.

Politisch verboten wurde die Generalversammlung des Vereins der deutschen Volkspartei, die am 16. d. in Kirchheimbalden abgehalten werden sollte. Der Ausschuß des Vereins hat nunmehr beschloffen, dieselbe auf den 30. Mai und zwar nach Hochsprey einzuberufen, und auch dort nach der Generalversammlung eine öffentliche Volksversammlung abzuhalten, in welcher wiederum Herr Reichstagsabgeordneter Groß über die Thätigkeit des Reichstages Bericht erstatten wird.

Versammlungsverbot. Mainz, 17. Mai. Eine von sozialdemokratischer Seite auf gestern Abend einberufene Wahlversammlung wurde, nach der „Frankf. Zig.“, noch vor deren Beginn auf Grund des Sozialistengesetzes verboten.

Ein neuer Grund zur Versammlungsaufhebung. In Geosberg ist am verflohenen Sonntag eine Versammlung, welche zum Zwecke der Gründung eines Arbeiter-Bildungsvereins tagte, aus dem Grunde der politischen Auflösung verfallen, weil die Redner von der Tagesordnung abgewichen sein sollten.

## Oesterreich-Ungarn.

Eine Mittheilung der „Polit. Corr.“ bezeichnet die Meldung eines Wiener Blattes, wonach das Wiener Kabinett an die rumänische Regierung neuerdings eine Note gerichtet hatte, in welcher dieselbe eingeladen wird, durch eine zeitweilige Verlängerung des Vertragsverhältnisses eine Frist zur Wiederausführung der Verhandlungen zu gewinnen, als vollkommen unbegründet. Uebrigens werde man in Rumänien nach Art des Abbruchs der Verhandlungen wohl überzeugt sein müssen, daß eine eventuelle Anregung zur Wiederaufnahme der Vertragsverhandlungen nur von Rumänien ausgehen könne.

## Schweiz.

Die Kommission, welche in Bern über eine Ausdehnung des Fabrikgesetzes rathschlägt, besteht, nach der „Frankf. Zig.“, aus Mitgliedern der Bundesversammlung und Fachexperten. Die Einen wie die Anderen scheinen der Meinung zu sein, daß die Erweiterung mehrerer Bestimmungen erfolgen soll und zwar in der schon bezeichneten Richtung. Nachträglich hat die Kommission die Vorsicht ausgedehnt auf Gewerbe, die explosiblen Stoffe erzeugen oder verwenden, auf solche, die elementare Kräfte verwenden und mehr als fünf Arbeiter beschäftigen, auf Eisenbahn-, Tunnel-, Straßen- und Brückenbauten, das Bauhandwerk, die Steinbrüche und Bergwerke, die Erd- und Wasserarbeiten, den Fuhr- und Fahrverkehr. Ob in dem letztgenannten auch die Post inbegriffen ist, wie es nur billig wäre, wissen wir nicht. Wenn man es aber auch gutheißt, daß solche und andere neue Bestimmungen Platz greifen, so ist doch die Frage über die Opportunität der Revision des Fabrikgesetzes geheimer Meinung. Blätter von ganz entgegengesetzter Richtung haben sich dahin ausgesprochen, es sollte die Revision im Zusammenhang mit dem Projekt einer Unfallversicherung behandelt werden, wobei die einen Bestimmen die Befürchtung auszusprechen, ohne gleichzeitige Einrichtung der Unfallversicherung sei die Erweiterung der Haftpflicht für die Fabrikanten eine zu schwere Bürde, und die anderen argwöhnen, habe man das Gesetz einmal theilweise revidirt, so werde die Frage der Unfallversicherung auf die lange Bank geschoben.

## Schweden und Norwegen.

Der schwedische Reichstag ist am Dienstag ohne Thronrede geschlossen worden.

## Belgien.

Das de Volter'sche sogenannte Provocations-Gesetz wird erst in der nächsten Session zur Beratung kommen; die Kommission hat es bedeutend geändert. Zuerst ist die Gültigkeitsdauer des Gesetzes auf drei Jahre beschränkt worden; nach Verfluß dieser Zeit muß es erneuert werden. Sodann hat die Kommission bestimmt, daß die Aufreizung, wenn sie strafbar sein soll, nicht eine direkte, sondern auch eine böswillige gewesen sein muß; sodann sind unter den strafbaren Mitteln zur Aufreizung die Bilder und Embleme gestrichen worden, und endlich hat die Kommission nur die Aufreizung zu Verbrechen beibehalten und die Vergehen gestrichen, mit Ausnahme des Art. 310 des Str.-G.-B., welcher lautet: „Mit Gefängniß von acht Tagen bis drei Monaten und mit Geld-

strafe von 26 bis 1000 Fr. oder mit einem von beiden wird bestraft, wer zum Zwecke, Erziehung oder Erniedrigung des Lohnes zu erzwingen oder die freie Ausübung der Industrie oder Arbeit zu verhindern, Gewaltthätigkeiten verübt, Beleidigungen oder Drohungen ausstößt, Strafen, Verbote oder Berufsverordnungen irgend einer Art erläßt, sei es gegen Arbeiter, oder Arbeitgeber. In gleicher Weise werden alle bestraft, welche durch Zusammenrottung in der Nähe von Establishments, wo gearbeitet wird, oder von Wohnungen der Arbeiter, die Freiheit der Arbeitgeber oder der Arbeiter beeinträchtigt haben.“ Wer also zu diesen Vergehen des Art. 310 künftig aufreist, wird nach dem de Volter'schen Gesetze bestraft werden. Daß in dem Entwurf außerdem ein Artikel ganz gestrichen wurde, in welchem nach dem Gesändniß des Justizministers ein Schreibfehler vorkam — die Aburtheilung der Aufreizung sollte den Schwurgerichten entzogen werden — haben wir bereits früher mitgetheilt.

Bei der Stichwahl in Brüssel (zwischen dem Bürgermeister Puls (Liberal) und Jacmart (Independent)) wurde Puls mit 9920 Stimmen zum Deputirten gewählt; Jacmart erhielt 7951 Stimmen.

## Frankreich.

Der Ministerrath genehmigt den Gesetzentwurf betreffend die allgemeine dreijährige Militärdienstpflicht. Für Studierende, Lehrer und Seminaristen wird eine zweijährige Dauer der Dienstpflicht festgesetzt. Bisher war die Dienstpflicht belanlich eine fünfjährige.

Die von Frankreich angeblich in Besitz genommene Gruppe der Komoro-Inseln liegt zwischen dem afrikanischen Festlande und der Nordspitze von Madagaskar. Johanna oder Anjuan, wo der bezügliche Vertrag unterzeichnet wurde, ist die drittgrößte der Inseln, welche zusammen einen Flächenraum von 2731 Q. A. einnehmen.

Die „Agence Havas“ bemerkt gegenüber der Nachricht mehrerer Blätter, die Regierung beabsichtige die Prinzen a u s z u weisen, daß bis jetzt kein Anzeichen vorliege, welches eine derartige Behauptung rechtfertige.

Die Erwartung der Bergwerksgesellschaft von Decazeville, daß am 17. 800 Bergleute die Arbeit wieder aufnehmen würden, ist nicht erfüllt worden. Der Streik dauert fort. In einer Versammlung zu Morselles, auf welcher Hugues und Camellain sprachen, wurden 1300 Frs. für die Arbeitseinstellung gesammelt. Dagegen hat der Gemeinderath von Tours mit 16 gegen 9 Stimmen einen Beitrag für den gleichen Zweck verweigert.

Fischer, der Direktor der Fabrik von Chateaufvillain, welcher seiner Zeit die Schließung der dortigen Kapelle zu verhindern suchte und dabei verwundet wurde, ist jetzt mit sechs anderen Personen wegen Rebellion vor das Justizpolizeigericht verwiesen, fünf weitere wegen Anstandsbeleidigung, endlich die beiden Geistlichen von Chateaufvillain und vier in der Fabrik beschäftigte Nonnen wegen Beihilfe zu den genannten Vergehen. Andererseits haben Fischer und eine der verwundeten Arbeiterinnen, sowie der Vater der Geblödeten, die mit der Schließung beauftragt gemessenen Beamten bei der Staatsanwaltschaft wegen Amtsmißbrauch und Hausrechtsverletzung angezeigt. — Der „Ratin“ veröffentlicht folgende, dem „Bonhomme Bergeron“, einem Journal des Arrondissements Montagne, von Dugue de la Fauconnerie, Abg. der Orne, zugegangene Herausforderung: „Fischer, Direktor von Chateaufvillain, welcher von den Agenten des Herrn Goblet beinahe ermordet worden wäre, soll nach den Gerichten verfolgt werden. Das ist Uebermaß von Freiheit und Schande. Ich weiß nicht, ob es Leute geben wird, die diesen draven Mann verurtheilen werden, aber das weiß ich, daß man, sollten sich solche finden, die Namen dieser Büchsen bis an dem Tag behalten wird, wo wir wieder die Macht gelangt sein werden. Darauf wartend, erkläre ich dem Bürger Goblet, dem Präsidenten der Orne und allen ihren Politikern, daß sie an dem Tage, wo sie Lust verspüren sollten, in mein Domizil einzubringen, mit mir zu thun haben würden, und daß sie nur dann mit heller Haut wieder in den Schoß ihrer Familien zurückkehren würden, wenn alle meine Gewehre versagt hätten.“ Ein schöner Abgeordneter! Und wenn solche Drohungen von einem sozialistischen Abgeordneten ausgesprochen würden, welches Wuthgeheul in der gesammten Presse. So ist es Gott zu Dank ein Konservationist!

## Italien.

Crispi entwidelte im Arbeiterverein zu Palermo seine Theorien über die Pflichten und Rechte des vierten Standes. Wie das achtzehnte Jahrhundert dem Bürgerstande, so werde das neunzehnte dem Arbeiterstande die Freiheit geben. Die Lösung der Frage bestehe in der Verbindung der Arbeit mit dem Kapital und der entsprechenden Theilnahme beider an erzielten Gewinne. Redner polemisirte gegen die von Baccarini gepredigte Nothwendigkeit der Festsetzung eines geringsten Lohnsatzes und schloß mit einem Vobspruch an den gesunden Sinn der italienischen Arbeiter, deren weltliche

sonders in einer kleinen Birkenlichtung aufbaumten und der allerdings einiger Gefahr ausgesetzt waren.

Aber nichts wurde laut; wohl eine halbe Stunde stand er regungslos auf seinem Posten. Da plötzlich — ordentlich erschreckt zudte er empor — hörte er das krampfhaft Flattern eines Fasans, das nämlich, was Handor zweimal vorher erschreckt hatte, ohne daß dieser freilich wußte, was es bedeute. Der alte Förster kannte den Laut aber viel zu gut, um auch nur einen Moment darüber in Zweifel zu sein.

Fast unwillkürlich fuhr er mit dem Gewehr in die Höhe; aber er wußte auch recht gut, daß ihm das für den Augenblick nichts helfen konnte. Noch einmal horchte er — der Vogel flatterte noch — jetzt wußte er gerade die Richtung, aus welcher eine kurze Strecke auf dem Rasen springend, wo sein Schritt geräuschlos verhallte, tauchte er gleich darauf in das die Anlage umgebende und nicht hoch dichte Buschwerk, genau der Richtung zu, wo die Blätter standen. —

Der alte Maulwurfsfänger hatte indessen kaum das Dicht erreicht, als er auch den Gang, wo er jeden Schritt breit des Terrains kannte, vorsichtig hinunterschlich und die Stelle zuhielt, an der, wie er recht gut wußte, die Fasane nachts aufbaumten. Trotdem trug er keine Waffe, mit der man hätte glauben sollen, daß er ihnen gefahrlich werden konnte — nichts, als seinen alten Eisenrod. Ueberhaupt wußte er ja auch recht gut, daß er in in solcher Nähe von Schloß keinen Schutz wagen durfte, wenn er sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, unmittelbar darauf von den Schützen umstellt und gefangen zu werden.

Der alte Bursche wußte aber besseren Bescheid und war, allem Anscheine nach, nicht zum ersten Mal auf einem solchen Fang.

Mit der größten Umsicht und Ruhe schlich er langsam vorwärts, bis er den lichterem Platz jenes kleinen Birkenwäldchens, etwas dürrer Boden mit Halbbraut, der man nichts Anderes hervorbrachte, erreichte, und hier spitzte die Füße die Bäume zu bekommen, bis er den Platz erreichte, wo die Fasane standen. Aber auch das half ihm anfangs nicht.

„Meine Paula . . .!“  
„Ich wage es nicht,“ so fuhr die Grafentochter fort; „ich kenne meinen Vater, kenne meine folge Mutter, die mir schon den Gedanken, die Bitte nicht vergeben würden!“

„So stieh' mit mir, Geliebte!“ drängte Handor.  
„Was hält Dich hier, wo Du selber keine Hoffnung hast, einer verhassten und verabscheuten Verbindung zu entgehen, ja, wo die Aussicht eines öden, trostlosen Lebens vor Dir liegt? O, ich weiß,“ fuhr er traurig fort, „daß ich Dir das nicht bieten kann, was in den Armen jenes Grafen Deiner wartet — kein stattliches Schloß, keine blendende Equipage, keinen Dienertroß; aber was die Liebe Dir zu bieten vermag, womit die Kunst Dich erfreuen kann, Paula, das ist Dir gewiß, und Deine Eltern — es mühen ja keine Menschen sein, wenn sie dem eigenen Kind entsagen, die einzige Tochter auf ewige Zeiten von sich Rohen würden. Dein Vater wird wüthen, ja, er wird uns verfolgen lassen, um Dich mir wieder mit Gewalt zu entreißen; aber ich fürchte nichts; in meinem Schutze bist Du sicher, und hat der erste Aerger über einen zerstörten Plan sich ausgetobt, ist der erste Wuth vorüber, geäußert Hoffnung wegen — er gerade am wenigsten wird grausam sein. Denke Dir dann, Herz,“ fuhr er fort, während sie sich ängstlich und zitternd an ihn schmiegte, „denke Dir jene selige Zeit, wenn ich, mit Deinen Eltern verlobt, Dich ihnen wieder zuführen kann, wenn wir vereint zu ihren Füßen liegen und ihr Segen dann die Bande heiligt, die uns des Himmels Seligkeit schon auf Erden gegeben haben!“

„Rein Rudolph, mein Rudolph, o, wie glücklich, wie namenlos glücklich würde mich Dein Besitz machen!“ rief das junge, leidenschaftliche Mädchen. „Ich kann ja nicht ohne Dich leben — Gott nur weiß es, Tag und Nacht sind meine Gedanken bei Dir, und wenn ich mir jetzt denke, daß ich einem Manne überliefert werden soll, den ich nicht liebe, den ich nicht lieben kann, so liegt mein künftiges Leben kalt und dunkel vor mir wie eine ewige, endlose Winternacht!“

„Meine Paula!“ rief Handor und preßte sie fest an sich; aber im nächsten Moment horchte er rasch und erschreckt empor. Drienen im Busch flatterte wieder ein Vogel, aber jetzt weiter entfernt als vorher, und es war fast, als ob er den Schritt eines Menschen auf dem Riesboden gehört hätte.  
„Komm,“ flüsterte er leise und zog die Erschreckte mit sich in das Dicht hinein, „das Mondlicht ist hier viel zu hell; ein Verrätherauge könnte wachen.“  
„Ich darf nicht so lange fortbleiben, wenn ich vermocht werde . . .“  
„Komm nur jetzt; mir war, als ob ich etwas hörte.“ Und er zog die nur halb Widerstrebende in den Schutz des Lajas, die ihnen Sicherheit und Deckung boten.  
Handor hatte sich übrigens dieses Mal nicht geirrt, denn allerdings kreuzte gerade in diesem Augenblick ein Mann mit einem Gewehr auf dem Rücken den Riesweg, der dicht unter dem Hügel wegführt. Es war der Förster, der schon seit Dunkelwerden im Park herumtröcht und, nachdem er all die entlegenen Stellen desselben vorsichtig abgesucht, um seinem Fasanenbiede auf die Spur zu kommen, jetzt auch dicht am Schlosse die Dölzer abspüren wollte; denn nirgend anders hatte er etwas Verdächtiges gefunden, während der heutige Abend wie gemacht zu einem derartigen Wildbiederspiel war.  
Ein Fasanenbied konnte nämlich im Dunkeln gar nichts ausrichten, und selbst bei Mondschein war, wenn er nicht recht hell, wie gerade heute Abend, schien, die Sache schwierig, da die belaudten Bäume noch zu viel Schatten warfen. Daß aber trotzdem ein schlauer Dieb den Versuch, und zwar nicht erfolglos, gemacht, davon hatte er ja selber die Beweise im Holze — eine Anzahl von Federn und den kranken, mit einem Fischhaken gerissenen Fasanenhahn — gefunden, und der Gefell, welcher da einmal glücklich durchgekommen, würde diesen Abend kaum versäumt haben, um sein Diebeshandwerk fortzusetzen.  
Gerade jetzt kreuzte er deshalb, im Schatten der Baumgruppen über die Wiese kommend, den Riesweg. Es war ihm fast, als ob er ein Geräusch gehört hätte, und er zog sich nun unter dem Marthumhügel hin dem Gebüsch zu, wo ebenfalls jede Nacht einige zwanzig Fasanen be-

en mich  
r Gr  
ber die  
ern, Ge  
en aus  
nd einer  
gleich  
lung in  
der von  
eder oder  
ien Ber-  
Wolde-  
aus-  
ach dem  
gerichten  
it.  
en dem  
pendent)  
gewählt:  
etreffend  
Für  
eibrige  
Dienstzeit  
Gruppe  
hen Jesu-  
na oder  
e, ist die  
benannt  
Nachricht  
enzen  
welcher  
e aze-  
eder auf-  
dauert  
Dignität  
Arbeits-  
ath von  
n gleichen  
ate au-  
dortigen  
wurde.  
Rebellion  
egen Be-  
Satzung  
genen Be-  
Fischer  
Bater der  
einen Be-  
uch und  
ffentlich-  
nd des  
connerie-  
Fischer-  
ten bei  
och vor  
den Frech-  
en wäh-  
das weis-  
ieder an-  
ich them  
ollten,  
würden,  
n Schö-  
Gewehr  
wen n  
ischen  
welcher  
Gott ist  
mo sein  
ier ten  
Bürger-  
Freiung  
ung der  
behalten  
egen die  
ung ein-  
rude an  
a weiten  
und die  
nde sein  
ordnen  
mpfänger  
or schen  
ch muss  
aut über  
a Zornig  
e in die  
für die  
ordne  
enau be-  
afen die  
tauche in  
nicht für  
ie Stille  
um hat  
den Fuß-  
und die  
Fiskus-  
mit der  
weihen  
Wahrheit  
Räte von  
nicht für  
ie Stille  
um hat  
den Fuß-  
und die  
Fiskus-  
mit der  
weihen  
Wahrheit  
Räte von  
nicht für  
ie Stille

Wetter Theil die eigene Erlösung nur mit stillen, ehrlichen Mitteln anstrebe.  
Der Aetna ist seit Dienstag Vormittag 11 Uhr im Ausbruch; auf der Westseite des Centralkraters zeigen sich starke Dampfentwicklung und Aschenregen.  
Am 17. zum 18. Mittags kamen in Venedig 7 Cholera-Erkrankungen und 3 Todesfälle, in Bari 21 Erkrankungen und 6 Todesfälle vor.  
**Großbritannien.**  
Die irische Protestantenbewegung darf man nach der „Post. Bg.“ nicht überschätzen. Sie ist zunächst organisiert worden, um einen Druck auf Regierung und Parlament zu üben. An ihrer Organisation haben die englisch-irischen Tories großen Antheil, und die englischen Blätter, welche der Gewährung von Home-rule feindlich gegenüberstehen, haben sie nach Kräften ihren Zwecken dienlich gemacht. Seit Jahrhunderten an Oberherrschaft gewöhnt, schreibt ein alter protestantischer Farmer aus Ulster, „ist es für uns schwer, mit einem Male uns vorzustellen, daß der Tag gekommen ist, wo unsere Mitbürger mit gleicher Kontrolle über die Angelegenheiten unseres Landes betraut werden sollen.“ Der wirklich „loyale“ Theil der Bevölkerung wird sich indes der Nothwendigkeit beugen. Die Bewegung scheint sich bis jetzt überhaupt wesentlich nur auf die Bevölkerung der Städte Ulster's, namentlich Belfast's, zu erstrecken, während das Land davon größtentheils unberührt geblieben ist. Einen etwaigen Aufstand wird die britische Regierung um so leichter unterdrücken können, als ihr, wenn Irland, sei es nun jetzt oder später, die ersehnte Home-rule erhalten hat, die auf der ganzen Insel im Verhältnis von 4 zu 1 überwiegende katholische Bevölkerung alsdann „loyal“ zur Seite stehen würde.  
Das Unterhaus nahm den von der Regierung eingebrachten Antrag an, die irische Verwaltungsbill vier Tage in der Woche zu beraten. Im Laufe der Debatte erklärte der Premier Gladstone, er glaube, daß auch noch der größere Theil der nächsten Woche für die Beratung der Bill erforderlich sein würde, da viele Deputirte ihr Votum nicht nur im Hause abzugeben, sondern auch ihre Wähler davon zu verständigen wünschten. Hierauf wurde die Beratung der irischen Verwaltungsbill fortgesetzt. Shaw Lescare beströmte dieselbe.  
Die von dem Unterstaatssekretär Bryce ausgesprochene Forderung, im Falle einer Ablehnung der Vorlage an die Wähler zu appelliren, wird von dem konservativen „Standard“ dahin verständigigt, daß Gladstone für eine sofortige Auflösung des Parlaments sei, wenn die Home-rule-Bill vom Unterhause verworfen werden sollte.

**Balkanländer.**  
Ueber die Wirkung der Blockade an den griechischen Küsten berichtet der Konstantinopel kommende französische Postdampfer „Cambodge“, daß er auf dem Wege nach Athen zweimal während der Nacht angehalten wurde, das erste mal von einem großen italienischen Kanarschiff und später von Torpedoschiffen. Letztere schickten Leute an Bord, und als die Identität hergestellt war, erlaubte man dem Dampfer, seine Fahrt fortzusetzen. — Der Bürgermeister der Insel Schalaps telegraphirte, daß der Kommandant des diese Küste blockirenden österreichischen Schiffes gelandet sei und das Telegraphen-Instrument mit Beschlag belegt habe. Der Bürgermeister fuhr nach Volo, von wo er den griechischen Behörden telegraphirte. Das offiziöse Wiener „Fremdenblatt“ nennt diese Meldung „ungenau“. — Die Insel Negina und Volo sind hart betroffen. Auf erster fehlt es bereits an Brod und in letzterem Ort an Mehl. Hinwiederum erklärte im griechischen Unterhause der Unterstaatssekretär Bryce, die Blockade der griechischen Häfen verhörende fremde Schiffe nicht, die griechischen Inseln zu besuchen; es sei daher nicht möglich, daß Mangel an Nahrungsmitteln entstehen und daß die Deputirten behindert werden könnten, sich nach Athen zu begeben. Uebrigens sei der Befehlshaber des englischen Geschwaders angewiesen worden, nöthigen Falls besondere Vorkehrungen zu treffen.

**Amerika.**  
Aus Chicago meldet das Reutersche Bureau unterm 15. Mai: Die Polizei hat Louis Lingg als denjenigen verhaftet, welcher während des kürzlichen Aufstands hier die Dynamitbombe warf. Als der mit seiner Verhaftung betraute Polizist sich ihm zu erkennen gab, zog Lingg seinen Revolver; der Beamte packte ihn jedoch sofort und nach heftiger Gegenwehr gelang es, ihn abzuführen. Lingg ist ein Deutscher und war bisher als Seger an der anarchistischen „Arbeiter-Zg.“ beschäftigt. In seinem Koffer fand man zwei Dynamitbomben aus gleich den während des Aufstands geworfenen, außerdem viele Granaten und Patronen, 2 Pistolen und viele anarchistische Zeitungen und Pamphlete. Er ist der Vierte, welcher wegen des Verbrechens, die Bombe geworfen zu haben, verhaftet ist.  
Der Prozeß gegen den Stadtrath Zähne, der im Zusammenhange mit der Verleibung der Konzession an die Broadway-Eisenbahn der Bestechung angeklagt wurde, hat damit geendet, daß die Geschworenen Zähne für schuldig erklärten.

Wenn die ersten, welche er traf, waren zu hoch aufgebäumt, als daß er sie hätte erreichen können. Doch nicht alle schienen so vorsichtig gewesen zu sein. Nicht lange, so traf er einen dick aufgebusterten Hahn, der, den Kopf unter die Flügel gesteckt, fest auf seinem Aste schlief und nicht einmal sein Nahen bemerkt haben konnte.  
Der alte Maulwurfsfänger störte ihn auch nicht; leise trat er zehn oder zwanzig Schritte zurück, bis unter einen dunklen Busch, und begann hier seine Vorbereitungen.  
Erst schraubte er seine Stockwinge ab und steckte diese, damit sie nicht verloren ginge, in die Westentasche; dann zog er die Angelrute heraus und befestigte oben an der Spitze derselben einen mächtigen Angelhaken, wie sie bei den kleinen Fischen des inneren Landes nie gebraucht werden. Diesen Haken band er so an die Ruthe, daß die Spitze mit dem Widerhaken nach unten zeigte, und als er dieselbe fest und sicher angeschürt, daß sie ihm nicht wieder abriß, wie er sich einmal mit einem festen, prächtigen Hahn, hob er sich langsam empor und glitt völlig geräuschlos zu dem Stamm des Baumes, auf dem seine Beute stand.  
Ein ungeübtes Auge würde aber in dem belaubten Baum kaum im Stand gewesen sein, den Platz genau zu bestimmen, wo sich das Wild befand; der alte Bursche wußte das besser, und nachdem er nur ein paar mal mit dem Kopf unter dem Baume hin und her gefahren, hielt er plötzlich still, brachte seine Ruthe vorsichtig in die Höhe und ließ die Angel langsam und geräuschlos an dem Stamm selber hinaufgleiten.  
Der Fasan schlief fest; alle Bewegungen waren auch so vollständig geschickt ausgeführt, daß er kaum etwas davon merken konnte, da die Gestalt des Mannes unter dem schwebenden Masse zusammenschmolz. Jetzt aber hatte der Hahn, ohne daß der Maulwurfsfänger von unten das Hingehohes, und rasch und erschreckt richtete sich der Hahn mit einem leise glucksenden Laut empor.  
Der Alte unter dem Baume rührte sich nicht. Wie an dem Stamm gewachsen stand er da; nur seine rechte Hand drückte vorsichtig den Fasan um das Hinderniß herum.

Zähne hat zugestanden, daß er für seine Stimme zu Gunsten der Bahn 20,000 Doll. erhalten hat.

Die Fälle der Beschlagnahme amerikanischer Fischereifahrzeuge in den kanadischen Gewässern mehren sich in einer Weise, daß bei der auf beiden Seiten herrschenden Stimmung ernsthaftere Kollisionen kaum ausbleiben können. Fast scheint es, als ob von Seiten der amerikanischen Fischerei-Interessenten eine Verschärfung des Konflikts durch Provokation der kanadischen Behörden zu immer neuen Beschlagnahmen beabsichtigt wäre. Erst vor drei Tagen hat wieder eine solche stattgefunden. Die Eigentümer des beschlagnahmten Schiffes haben sich an die Bundesbehörden der Vereinigten Staaten gewandt.

### Gerichts-Zeitung.

† Wer will? Broche und Öhringe aus echtem Golde, brillantes Muster, billigt gegen 50 Pf. wöchentliche Abzahlung. Kleiner Kosten aus einer Konkursmasse vorhanden. Anträgen unter „Gold“ an die Expedition dieses Blattes. — Also lautete eine Annonce, die im November 1883 im „Berl. Lokalanzeiger“ regelmäßig enthalten war. Die Gläubiger, welche auf diese Anpreisung hineinfelen und ihre Adresse mittheilten, wurden sofort von dem Agenten des Kaufmanns G., Kaufmann R., aufgesucht, der der Vater dieser Reklame war. Die redewandten Leute boten die Schmuckstücke zum Preise von 10 M. an und versicherten, daß sie aus echtem Doublegold, Gold aus Silber plattirt, beständen. Die glücklichen Käufer mußten hierauf 1 Mark anzahlen und einen Revers unterschreiben, der, nach Art der bekannten Abzahlungskontrakte abgefaßt, sie verpflichtete, achtehn Wochen hindurch immer 50 Pf. zu zahlen und die tröfliche Behauptung enthielt, der Schmuck sei aus „echtem Golde auf Silber plattirt“ gefertigt. — Lange sollte aber dieses Geschäft nicht dauern. Ein Goldarbeiter machte in der „Postischen Bg.“ auf das Schwindelhafte dieser Annonce aufmerksam, alle Zeitungen übernahmen die Notizen und die Agenten sandten verschlossene Thüren. Der Kaufmann R., der auf ein großes Geschäft gerechnet hatte, konnte die 1000 Stück Brochen und Öhringe, die er für 4000 Mark von einem Göttinger Fabrikanten gekauft hatte, nicht loswerden. Es war auch kein Wunder, denn diese „echten“ Goldsachen wurden nach kurzem Gebrauch schwarz und unbrauchbar; sie bestanden aus ganz geringwerthigem Silber, das mit einem „Goldbauch“ wahrscheinlich, auf galvanischem Wege überzogen, einen Metallwerth von 60 Pf. bis 1 M. hat. Es wurde Anklage wegen Betruges gegen R. eingeleitet und das Schöffengericht verurtheilte ihn zu 4 Monaten Gefängnis und 500 Mark Geldbuße. Gegen dieses Urtheil hatte R. Revision eingelegt, die gestern vor der Strafkammer des Landgerichts zur Verhandlung kam. Der Gerichtshof beschloß Verurteilung, weil durch den Einwand des Angeklagten, er habe den geringen Goldwerth der von ihm verkauften Gegenstände nicht gekannt, die Vorladung des Justizrathes, bei dem der Angeklagte sich Rath erbeten hatte, welche Schritte er gegen den Artikel in der „Post-Zg.“ thun könne, nothwendig erscheine.

**Reichsgerichts-Entscheidungen.** Leipzig, 18. Mai. (Gewerbemöglichkeit beim Jagdvergehen.) In der Nacht zum 28. Juni v. J. wurde der Amtmann Nische in Broda bei Delitzsch im Walde meuchlings erschossen. Auf der Suche nach dem Mörder kam die Polizei auch zu dem als Wilddieb bekannten Wilhelm George in Delitzsch, der sich zwar vom Verdachte des Mordes, nicht aber von dem der soeben verübten Wilddieberei reinigen konnte. Man fand bei ihm eine Menge Dinge, die zur Ausübung des Wildschusses gebraucht werden und in der Reispfanne über dem Feuer einen Hasen, den er, wie er zugeben mußte, in der letzten Nacht geschossen hatte. Am 15. Februar stand George vor dem Landgerichte in Halle a. S., um sich auf die Anklage wegen gewerbmäßigen Jagdvergehens (§ 294 in Verbindung mit § 293) zu verurtheilen. Das Gericht hielt den Beweis der Gewerbmöglichkeit nicht für erbracht, weil der Angeklagte den Hasen nicht verkauft, sondern selbst in Verbrauch genommen hatte. Deshalb wurde nun der Thatbestand des § 293 (Ausübung der Jagd während der Nachtzeit) als vorliegend erachtet, in dessen auf die höchste zulässige Strafe von 6 Monaten Gefängnis erlanni, mit Rücksicht auf die mannigfachen Vorstrafen. — Gegen das Urtheil hatte der Staatsanwalt die Revision eingelegt mit der Begründung, daß zu Unrecht die Gewerbmöglichkeit verneint sei. In der Sitzung des III. Strafsenats des Reichsgerichts vom 17. Mai erklärte der Reichsanwalt die Beschwerde für begründet. Das Reichsgericht habe sich schon verschiedentlich dahin ausgesprochen, daß der Verkauf des entwendten Wildes durchaus nicht die Vorbedingung zur Annahme der Gewerbmöglichkeit sei und daß auch beim Hausverbrauch des Wildes die Tendenz, einen fortlaufenden Gewinn aus der Jagd zu ziehen, sehr wohl statfinden könne. Weiter sei das Urtheil deshalb unhalbar, weil: es das Thatbestandsmerkmal, daß die Jagd zur Schonzeit ausgeübt werde, nicht verwerthet habe. Die Begründung, daß dies deshalb nicht

Unten am Stode hatte er sich dabei vorsichtiger Weise ein Zeichen gemacht, nach welcher Seite hin die Biegung des Halses selber saß; jetzt mußte er damit über dem Hahn sein, und mit einem plötzlichen Ruck riß er den Stock zurück und den unglücklichen Fasan damit von seinem sicher geglaubten Stand herunter.  
Dieser schlug allerdings aus Leibeskräften mit den Flügeln, aber nicht lange. Im Nu hatte ihn der Wilddieb erfaßt und ihm auch eben so rasch den Hals umgedreht, wonach er ihn in seine jetzt völlig leere Jagdtasche steckte und sich erst vorsichtiger Weise, ehe er auf neue Beute ausging, unter den nächsten Busch drückte, um abzuwarten, ob das nun einmal nicht zu vermeidende Geräusch nicht doch am Ende unberufenen Zeugen herbeigelockt hätte.  
(Fortsetzung folgt.)

### Aus Kunst und Leben.

Der berühmte Violinvirtuose Marcel Herzwegh, ein Sohn des verstorbenen Dichters Georg Herzwegh, welcher in Folge eines Knieleidens über ein Jahr lang seiner Kunst entzogen wurde, ist jetzt wieder vollkommen hergestellt und hat während der letzten Monate in Russland mit großem Erfolge konzertirt. Specially in Riga fand der Künstler so enthusiastischen Beifall, daß er sich, außer in zwei eigenen Konzerten, auch noch ein drittes Mal im Vereine mit Marcelle Sembrich hören ließ. In diesen Tagen hat er sich nach Paris begeben, um dort in einem zu Ehren Liszt's veranstalteten Konzert mitzuwirken; zu Beginn der nächsten Saison wird er zum ersten Male in Berlin auftreten und alsdann eine zirkuläre sechzig Konzerte umfassende Tournee durch Deutschland und die Schweiz unternehmen.  
Im Buchhause zu Halle befindet sich, der „Weberz.“ zufolge, ein Gefangener, der sein vor Paris begangenes militärisches Verbrechen — der Mann war nämlich zu den Franzosen übergelaufen — zu büßen hat. Er war damals von den Franzosen in die Fremdenlegion gesteckt worden und hatte gegen die Rabynen gesochten. Dann war er, von Heimweh befallen, 1875 zurückgekehrt, hatte sich den Behörden freiwillig gestellt, wurde darauf zum Tode verurtheilt und zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt, die er seit 11 Jahren dort verbüßt. Der Gefangene ist in einer Solivelle untergebracht

habe statfinden können, weil die Anklage nicht darauf gehe, sei hinsichtlich, weil die Anklage auf Vergehen gegen § 293 (Der dieses Thatbestandsmerkmal nicht enthält) gerichtet war und nicht einmal ein Hinweis auf den veränderten rechtlichen Gesichtspunkt nothwendig gewesen wäre. — Das Reichsgericht schloß sich diesen Ausführungen an und hob demgemäß das Urtheil unter Zurückweisung der Sache in die erste Instanz auf.

### Soziales und Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegungen in der Arbeiterklasse werden von keinem Berliner Blatte mit so mißgünstigen Augen angesehen, als von der „Freistündigen Zeitung“. Der bekannte Erlass des Ministers v. Pufflamer hat das Blatt ganz kalt gelassen, kaum daß es desselben Erwähnung that. Der Maurerstreik aber ist ihm so recht ein Dorn im Auge. Die druckischen Ergriffe der „Baugewerks-Zeitung“, dieses Organs der Junker- und Hutmacher, druckt die „Frei. Bg.“ meist immer ohne Kommentar ab, während die Beschüsse der Gesellen kaum erwähnt oder mit unlieblichen Worten begleitet werden. So bringt das genannte Blatt gleichfalls ohne Kommentar folgende Notiz aus der „Baugewerks-Zeitung“: „Das Hauptbestreben der Arbeiterführer ist: die Bauarbeitgeber Berlins sollen unter einander entzweit werden. Die partischen Streiks nehmen inzwischen ihren Fortgang und werden selbstverständlich diejenigen Meister zuerst davon betroffen, welche an der Spitze der Gegenstreikbewegung stehen. Auf den Straßen sind kleinere Kotten von Streikenden hier und da sichtbar, doch ist es zu Rubensdungen unseres Wissens noch nicht gekommen.“ — Die „Kleineren Kotten“ der der „Frei. Bg.“ so sehr am Herzen liegenden Baumeister sind allerdings nicht auf den Straßen, sondern in den Kneipen sichtbar, wo sie ihre nichtsnutzigen Redensarten über die Arbeiter loslassen und die „Frei. Bg.“ als ihr Leiborgan preisen. Es geht doch nichts über die „Arbeiterfreundlichkeit“ des echt manchesterlichen Fortschrittlertums, welches in Herrn Eugen Richter seinen ausgeprägtesten Vertreter hat.

Dürfen die Unternehmer thun, was den Arbeitern verboten ist? Die „West. Morgenztg.“ schreibt: Anlässlich der Forderungen und der angeforderten Arbeitseinstellung vom 16. d. M. seitens einer Anzahl Zimmergesellen dahier haben die vereinigten Zimmermeister der Baugewerksinnung zu Rassel folgendes vereinbart:

1. Unter Zurückweisung aller Mehrforderungen halten die Unterzeichneten fest an dem von ihnen am 2. d. M. gefaßten und ihren Gesellen durch Plakat bekannt gemachten Beschluß.
  2. Ueber diejenigen, welche bis dato bei den unterzeichneten Zimmermeistern beschäftigt sind und versucht haben, die angeforderte Arbeitseinstellung durchzuführen, ist ein Verzeihnis aufzustellen und einem Jeden der Mitunterzeichner einzuhändigen.
  3. Bei Vermeidung einer Konventionalstrafe in Höhe von 1000 Mark darf keiner der Unterzeichneten einen von den in vorgenanntem Verzeihnis aufgeführten Gesellen in Arbeit einstellen.
  4. Zur Begegnung einer einseitigen Arbeitseinstellung überhaupt verpflichten sich sämtliche unterzeichneten Zimmermeister noch ferner, mit allen bei ihnen in Arbeit stehenden Zimmergesellen durch die gesetzliche Kündigungsfrist das Arbeitsverhältnis von dem Zeitpunkt an zu lösen, wo bei einem der Unterzeichneten von mehr als  $\frac{1}{2}$  seiner Gesellenzahl eine einseitige Arbeitseinstellung angeündigt sein sollte.“
- Rassel, den 24. April 1888. (Folgen die Unterschriften von neun Firmen.) — Die Zimmergesellen in Rassel antworten darauf: „Dieses obenangeführte Schriftstück wurde uns auf unsere bescheidene Bitte, uns für unsere schwere gefahrvolle Arbeit einen Lohn von 30 Pf. pro Stunde der wirklichen Arbeitszeit zu zahlen, von unseren Meistern zugefandt. Wir möchten nun gern wissen, ob die Verfügung des Herrn Ministers v. Pufflamer auch hier, wo doch offenbar Ueberredung, Verführung, ja sogar große Bedrohung von der Reiserinnung angewendet ist, Anwendung findet. Dieses Schriftstück verhält sogar gegen den § 163 der Gewerbeordnung, welcher Denjenigen, der Andere durch Anwendung überlicher Zwanges, durch Drohung, Schrecken oder durch Verführung zur Ausführung bestimmter Handlungen zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 162) Theil zu nehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft wird, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch nicht eine höhere Strafe eintritt. Wir übergeben dieses Schriftstück den hohen Staatsbehörden sowie dem verehrten Publikum zur gemeinsamen Beurtheilung. Die Zimmergesellen Rassel. J. A.: Wegler.“

Das Kapital ist international. Ward und Wayne, die größten Werksfabrikanten in Sheffield, drohen, deutsche Arbeiter zu engagiren, falls ihre englischen Arbeiter nicht eine Verminderung der Löhne annehmen.

Eine Uebersicht der Entwicklung des Eisenbahnetzes der Erde vom Schluß des Jahres 1880 bis zum Schluß

und wird mit Maschinenstricken beschäftigt. Seine Führung ist eine musterhafte.

Eine sonderbare Passion. Am Dienstag Vormittags ist der 30jährige Tagelöhner Josef Dudics von der Reitenbrücke in Pest in die Donau gesprungen. Zwei Matrosen eines Lokaldampfers eilten dem mit den Wellen Ringenden nach und befreiten ihn glücklich auf's Trockene. Ueber das Motiv seiner That befragt, erklärte Dudics, „aus Passion“ in's Wasser gesprungen zu sein, um zu sehen, ob man ihn vom Ertrinkungstode retten werde. Da ein Mann mit fünf gesunden Sinnen schwerlich solche Passionen hegt, wurde Dudics behufs Beobachtung seines Geisteszustandes auf die psychiatrische Abtheilung des Krankenhauses gebracht.

Weibliche Stierkämpfer. Am 9. d. fand zu Rimes ein Stiergefecht statt, bei welchem neben fünf männlichen Toreros auch drei weibliche Stierkämpfer in Aktion traten. Unter Leitung des Matadors Frutos vollzog die mit prächtigen spanischen Kostümen ausgestattete Gesellschaft ihren Kundtritt durch die Arena, worauf das eigentliche Gezeich seinen Anfang nahm. Das furchtbare Schauspiel erreichte seinen Höhepunkt, als die „Damen“ ihre „Arbeit“ begannen. Der Stier, welcher der ersten von ihnen, einem Fräulein Venita del Amo, entgegen gestellt wurde, ein mächtiges schwarzes Thier, verstand aber seinen Spaß und warf das zarte Geschöpf zu Boden. Mit Mühe gelang es den männlichen Stierkämpfern, ihre Kollegin von ihrem Angreifer zu befreien. Auch die beiden anderen Damen hatten mit ihren Begnern kein sonderliches Glück und einer von ihnen wäre beinahe von einem wüthenden Stier der Leib ausgeschlitzt worden. Das abschreckende Schauspiel fand seitens des Publikums die rauschendste Anerkennung.

Menschliche Fußspuren im Luff von Nicaragua. Vor etwa Jahresfrist machte die Entdeckung von Abdrücken menschlicher Füße im Gestein eines am Managua-See (Nicaragua) gelegenen Steinbruchs einiges Aufsehen. Man erblüete in denselben ein Zeugnis, welches das Alter des Menschengeschlechtes in eine sehr ferne Zeit hinaufdrückte. Das Wiener Naturhistorische Museum hat nunmehr durch einen in Nicaragua ansässigen Oesterreicher zwölf große Steinplatten mit solchen für vorgezeichnetlich angeordneten Fußspuren erworben. Der Stein, worin letztere 8 bis 10 Cm. tief eingedrückt sind, ist ein porphyrischer Luff, und die im Steinbruch darüber gelagerten Schichten waren ebenfalls vulkanisches Gestein. Die Fußspuren sind außerordentlich scharf und deutlich; eine derselben scheint von einem kleinen Kinde herzuführen.

des Jahres 1884 giebt ein interessantes Bild von der gewaltigen Ausdehnung, welche die Schienenstraßen bereits gewonnen haben. Nach dem Ergebnisse der Zusammenstellung hatte das Eisenbahnen am Schlusse des Jahres 1884 eine Ausdehnung von 468 108 Kilometer erlangt, eine Ausdehnung, welche um etwa 80 000 Kilometer die mittlere Entfernung des Mondes von der Erde übertrifft und mehr als das 10fache des Erdumfangs beträgt. Die stärkste Entwicklung im Verhältnis zur Flächengröße zeigt das Eisenbahnen im Königreich Sachsen und in Belgien, wo auf je 100 Kilometer 14,8 und 14,7 Kilometer Bahnlänge entfallen. In Bezug auf die Dichtigkeit des Eisenbahnenes folgen hiernach England, Elsass-Lothringen, Baden, Württemberg und die Niederlande. Bei Vergleichung der Eisenbahnlängen mit der Volkszahl steht das dünnbevölkerte Schweden mit 14,5 Kilometer Eisenbahn für je 100 000 Einwohner obenan. Der Zuwachs, welchen das Eisenbahnen der Erde in der Zeit von 1880 bis 1884 erfahren hat, bezieht sich auf 101 088 Kilometer oder auf 27,1 pCt. Von den europäischen Staaten weist Frankreich die beträchtlichste Zunahme auf (19,2 pCt.), dann folgen Oesterreich (18,8 pCt.) und Deutschland (9,9 pCt.). Während in ganz Europa die Eisenbahnlänge in dem vierjährigen Zeitraum um 21 071 Kilometer oder 12,5 pCt. zugenommen hat, ist in Amerika in derselben Zeit das Netz der Vereinigten Staaten allein um 55 900 Kilometer oder 88,8 pCt. gewachsen. Dieser Zuwachs ist nicht viel kleiner als die Länge der Eisenbahnen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn zusammengenommen. Das Eisenbahnen der Vereinigten Staaten übertrifft denn auch das des gesamten Europas um mehr als 12 000 Kilometer. In Asien hat die Länge der Eisenbahnen am stärksten in Britisch-Indien zugenommen. Auch Niederländisch-Indien und Japan weisen verhältnismäßig beträchtliche Zunahmen auf. In Afrika zeigt sich der stärkste Zuwachs in der englischen Kapkolonie, und eine sehr lebhaft entwickelte Entwicklung des Eisenbahnenes weisen auch die australischen Kolonien auf.

**Anruf an die Steinträger Berlins und Umgegend.** Kollegen! Euch Allen ist bekannt, daß in der am 14. d. M. im Louisenstädtischen Kongresshaus, Alte Jakobstr. 37, stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Steinträger Berlins eine Resolution angenommen wurde, in welcher sich sämtliche Kollegen verpflichteten, bei denjenigen Reisfern, welche unsere gerechten Forderungen nicht anerkennen, die Arbeit niederzulegen. Kollegen! Wohl ist anzunehmen, daß die größte Zahl der Reisfer unseren Forderungen Rechnung getragen hat, indem sich die Zahl derer, welche sich bis jetzt als Streikende gemeldet haben, als eine geringe herausgestellt hat. Wir er-

mähnen aber nochmals alle Kollegen, sich streng an den früheren Beschluß zu halten, sowie ebenfalls der Passiv 5 nicht vergessen werden darf, wo sich jeder verpflichtet hat, die im Streik Stehenden zu unterstützen. Alle, welche die Arbeit niederzulegen gezwungen sind, haben sich zu melden, ferner sind Briefe und dergleichen abzugeben bei Herrn Duth, im Lokal Lindenstraße 54, zu Händen Gutlich. Mit kollegialischem Gruß die Vorkommmission. J. A.: Heinrich Engel.

### Kleine Mittheilungen.

Brüssel, 15. Mai. (Wieder ein Mord in der guten Gesellschaft.) Raum sind wenige Wochen verfloßen, seit der liberale Deputirte Van der Smitten seine Frau aus Eifersucht ermordete — und schon wieder werden die Gemüther durch ein neues blutiges Verbrechen in den „höheren Kreisen“ in nicht geringe Aufregung versetzt. Diesmal ist es ein junger schwach-sinniger Laugenschütz — Georges Verhaeren — der seinen Schwager, Herrn Carlier, Chef der zweiten Abteilung des Ministeriums für Eisenbahnen, Post und Telegraphen, in dessen Bureau durch einen Revolverschuß tödtete, weil derselbe sich geweigert hat, den Mörder, der ihn seit längerer Zeit mit Geldforderungen belästigte, noch ferner zu unterstützen. — Verhaeren, einer der geachteten Familien Brüssels angehörig, steht im Alter von 25 Jahren und soll schon in früher Jugend Spuren von Geistesstörung gezeigt haben. Längere Seereisen, die er später machte, scheinen ohne günstigen Einfluß auf seinen geistigen Zustand geblieben zu sein, denn bei seiner Ankunft in Marseille, vor etwa zwei Jahren, sah man sich genöthigt, ihn wegen seines exzentrischen Benehmens in einem Irrenasyl unterzubringen. Er entkam jedoch auf eine mysteriöse Weise und lehrte nach Brüssel zurück, wo er sein abenteuerliches Leben fortsetzte und nach und nach sein väterliches Erbschaftsvermögen verschwendete. Um seinem Treiben ein Ziel zu setzen, fand sich seine Familie veranlaßt, ihn unter die Vormundschaft seines Schwagers, des nunmehr ermordeten Herrn Carlier, zu stellen. — Dieser zeigte sich dem jungen Manne gegenüber äußerst liebenswürdig und händigte ihm öfters bedeutende Geldsummen ein, die derselbe natürlicherweise mit Eleganz durchbrachte. — Als nun aber Verhaeren immer wieder mit Geldforderungen an seinen Schwager herantrat, wurde dieser der Sache schließlich überdrüssig und verweigerte ihm bei seinem Besuche am vorigen Mittwoch entschieden jede weitere pecuniäre Unterstützung. — Gestern Morgen gegen 9 Uhr besag sich Verhaeren von Neuem zur Wohnung seines Schwagers. Da er denselben nicht zu Hause fand, so machte er sich auf den Weg nach dessen Bureau im Gebäude des Ministeriums

für Eisenbahnen, Post und Telegraphen rue Ducale 96. Da man dort den jungen Mann konnte, ließ man ihn ungesühnt passieren; ruhig stieg er die Treppe hinauf zur 2. Etage und trat unangemeldet in das Bureau seines Schwagers. Dieser lag in seine Arbeit vertieft, an seinem Schreibtisch; ehe er es verhindern konnte, zog Verhaeren einen Revolver, legte auf ihn an und gab Feuer. Zu Tode getroffen sah Herr Carlier in seinen Lehnstuhl zurück, während der Mörder mit dem Rufe: „Du Hölle, ich habe ein Unglück angerichtet!“ der Thür zuzurück. — Auf sein Geschrei stürzten die Beamten des Ministeriums herbei und drängten sich in das Bureau; ein grauenhafter Anblick bot sich ihnen dar. Herr Carlier lag rückwärts in seinem Lehnstuhl, den Kopf über die Brust geneigt, das Gesicht mit Blut überströmt. Der Mörder hatte gut getroffen; die Kugel hatte den Schädel vorn und hinten durchbohrt, zwei gräßliche Wunden hinterlassend. Auf dem Schreibtisch lag noch rauchend die Mordwaffe, ein hülfeläufiger Revolver starken Kalibers, in welchem sich noch vier Patronen befanden. Der Unglückliche machte noch einen Versuch zu sprechen, doch vergeblich; er verschied nach 20 Minuten (!) in den Armen des schnell herbeigerufenen Arztes. — Inzwischen hatte man den Mörder festgenommen. Er befand sich in einer ungeheuren Aufregung und sein innerer Blick belehrte die Anwesenden, daß man es mit einem Verrückten zu thun habe. — „Warum haben Sie Ihren Schwager getödtet?“ fragte ihn der Kommissar. „Er hat mich sehr lange geärgert,“ antwortete Verhaeren, den Beamten gegenüber starrend. — In seinen Taschen fand man einige Familienpapiere und eine Anzahl Briefe, an alle größeren Zeitungen Brüssels adressirt, in welchen er in unzusammenhängender Weise erklärte, seine Familie verfolge ihn und deute ihn auf; er habe die Absicht sich zu tödten u. s. w. Auf die Frage, ob er die That nicht bereue, erwiderte der Mörder: „O, gewiß! Aber ich glaube nicht, daß ich so genau gezielt hätte.“ Ein Ermordete hinterläßt eine Frau und zwei Kinder. Er ist sehr human und bei seinen Untergebenen sehr beliebt gewesen sein. — Eine ungeheure Menschenmenge drängte gestern um das Gebäude, in welchem der Mord verübt wurde.

### Briefkasten der Redaktion.

B. G. in L. Durch die Angabe, ein unglücklicher Arbeiter sei in dem betreffenden Betriebe gar nicht beschäftigt gewesen, macht sich der Arbeitgeber noch nicht strafbar, auch wenn die Angabe falsch ist.

### Theater.

Freitag, den 21. Mai.  
Opernhaus. Das biblische Mädchen von Gont.  
Schauspielhaus. Was ihr wollt.  
Deutsches Theater. Ein Tropfen Gift.  
Volkstheater. Namenlos. Pöste mit Gesang in 3 Akten von Kallisch und Wohl. Musik von A. Conradi.  
Opernhaus. Die Lorelei.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Bismarckbaron.  
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorstücke und 5 Akten von Jakobson und Witten.  
Central-Theater. Der Stadt-Trompeter.  
Victoria-Theater. Amor. Tanz-Boem von Luigi Manzotti.  
Ballner-Theater. Der Herrgottschöniger von Ammergau.  
Residenz-Theater. Familie Hörner. Hierauf: Zimmer Nr. 18.  
Louisenstädtisches Theater. Künstlerleben.  
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Passage 1 Tr. 9 R. — 10 R.  
Kaiser-Panorama.  
Zweite Reise durch die Schweiz.  
Neu! 3. ersten Male: Ägier.  
Gertha-Reise. Carolinen-Inseln. Eine Reise 20 W. Kinder nur 10 W. Abonnement.

Meinen Bekannten sowie meiner geehrten Nachbarschaft die ergeb. Anzeige, daß ich meine Fäbriker von der Neuen Hochstraße nach der Inselstraße 1b verlegt habe. Brod lief. ca. 5 Wd. für 60 W. Frühstück sende ich frei ins Haus. Bei Bedarf ers. ich mich mit Aufträgen güt. beehr. zu wollen. J. Merckel, Bäckermeister.

### Säle

für Vereine und Versammlungen u. täglich, auch Sonntags Vormittags zur freien Benutzung empfiehlt [1622]

### B. Nieft,

Kommandantenstraße Nr. 72, Hof parterre.

Loose zur

### Rothen Lotterie

a 1 M. (Ziehung 27. Mai.)  
Optim. W.: M. 30 000, 20 000, 10 000, 5 000, 4 000, 3 000 u.

### Ulmer Geld-Lotterie

a 3,25 M. (Ziehung 24.—26. Mai.)  
Hauptgew.: M. 75 000, 30 000, 10 000, 2 a 5 000 u. in Baar ohne Abzug.

### Richard Schröder,

W., Marktgrafenstraße 46, Gendarmenmarkt. [1606]

### Weiß- und

Reichhaltiger  
kalter und warmer  
Frühstückstisch.

### Bairisch-Bier-Lokal

Reichhaltiger  
Mittagstisch  
von 12 bis 2 Uhr, mit  
Bier à Rouvert 50 W.

Arbeitsnachweis für Klavierarbeiter.  
Hermann Stramm, Restaurateur, Stallgerstr. 18.

Verantwortlicher Redakteur H. Frankheim in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Brühlstraße 2.

### Fischer-Verein.

Außerordentliche General-Versammlung am 22. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, in Sanssouci, Kottbuserstraße Nr. 4a. T. D.: 1. Bericht über die genehmigten Statuten der Krankenunterstützungs-Kasse. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Quittungsbuch legitimirt. Um zahlreichen Besuch ersucht [1704] Der Vorstand.

### Fischer-Versammlung

Sonntag, den 23. Mai, Vormittags 10 Uhr, in Keller's Lokal, Andreasstraße Nr. 21. Tagesordnung: 1. Die Ortskrankenkasse der Fischer- und Pianofortarbeiter Berlins und die Unterschlagungen der früheren drei Kassier. 2. Die Beschwerden im Medizinwesen. (Beschwerden werden in der Versammlung entgegengenommen.) 3. Der Vorstandsbeschluß. Referent: Herr W. Schmitz. Der Einberufv.

### Versammlung der Mitglieder des Vereins zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter

Sonntag, den 22. Mai d. J., Abends 8 1/2 Uhr, in Grätzel's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79 (unterer Saal). Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Abrechnung vom Rasenball und Bierjahres-Abrechnung. 3. Vereinsangelegenheiten. Gäste, welche gewillt sind, dem Verein beizutreten, sind willkommen. [1710] Der Vorstand.

### Arb.-Bez.-Verein Süd-Ost

Sonntag, den 23. Mai: Familienausflug nach „Rebsjandie“ Restaurant Laus. Die Teilnehmer treffen sich Mittags um 12 1/2 Uhr im Restaurant Mitau. Zahlreiche Theilnahme ist erwünscht. [1708] Der Vorstand.

Meinen geschätzten Kunden und werthen Freunden theile ich hierdurch mit, daß ich meine Feltungsposition dem Herrn Th. Schmidt, Admiralstraße 39, veräußert habe. Indem ich hieran die Bitte knüpfe, das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen auf den Herrn Schmidt übertragen zu wollen, mache ich darauf aufmerksam, daß etwaige Beschwerden über unpünktliche Zustellung u. s. w. jetzt an Herrn Schmidt zu richten sind. [1706] W. Iwantsky, Raunynstraße 19.

Arbeitsmarkt. Ein junges Mädchen, welches geschickt im Nähen ist, wird in einer kleinen Wirtschaft den Tag über verl. Stange, Dresdenstr. 15, IV.

Kravatten-Vorarbeiter 1693 auf glatte Westen und Binden verl. Lehband, Kottbuserdamm 99, Hof III (a. d. Kottb. Brücke).

Wickelmacher (4000 die Woche) verlangt Fischer, Raunynstraße 62 parterre. [1711]

### Preussische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft

5 % und 4 1/2 % iger mit 10 % Zuschlag rückzahlbarer Pfandbriefe vom Mai 1871, Januar 1872 (Ser. I), Juni 1872 (Ser. II), Mai 1874 (Ser. I), August 1875 und September 1877

### der Preussischen Central-Bodencredit-Actiengesellschaft

in 3 1/2 % ige Pfandbriefe. Nach Verständigung mit den betreffenden Darlehnsnehmern bieten wir hiermit die

### Convertirung

unserer 5 %igen und 4 1/2 %igen mit 10 % Zuschlag rückzahlbaren Pfandbriefe auf Höhe eines Betrages von etwa 30 000 000 Mark unter folgenden Bedingungen in 3 1/2 %ige Pfandbriefe:

- Die ausstehenden Pfandbriefe der oben bezeichneten Emissionen werden behufs Rückzahlung am 1.2. Januar 1887 insofern zur Auslösung gebracht, als die Tilgung auf Höhe des Betrages von etwa 30 000 000 Mark im Wege der Convertirung nicht erreicht wird. Die 4 1/2 %igen Pfandbriefe vom Juni 1872 (Serie II) werden gänzlich ausgelöst.
- Die Convertirung erfolgt in der Zeit vom 15. Mai bis einschliesslich 1. Juni 1886 in Berlin bei der unterzeichneten Direktion, bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft, bei Herrn J. Gleichröder, in Frankfurt a. M. bei den Herren M. J. von Rothschild & Söhne, in Köln bei den Herren Sal. Oppenheim & Co. und zwar bei jeder Stelle in den bei denselben üblichen Geschäftsstunden.

Es wird vorbehalten, die Convertirung der Pfandbriefe von jeder einzelnen Emission oder von allen Emissionen schon vor Ablauf des vorgenannten Termins zu schließen.

- An Stelle der zur Convertirung angemeldeten Stücke werden 3 1/2 %ige Pfandbriefe der im März 1886 begonnenen Emission von 1886 auszugeben.

Für diese Pfandbriefe gelten die nachstehend wiederholten Bestimmungen: Die Pfandbriefe werden auf den Inhaber ausgestellt und in Städten von 3000, 1000, 500, 300, 100 Mark ausgefertigt. Sie sind von Seiten der Inhaber kündbar und werden mit 3 1/2 % fürs Jahr in halbjährlichen Terminen am 1. Januar und 1. Juli bis zum Tage ihrer Tilgung verzinst.

Die Anleihe wird zum Nennwerthe im Wege der Verlosung getilgt. Zu diesem Behufe hat die Gesellschaft jährlich wenigstens 1/2 % des Nennwerthes des Betrages der Anleihe nebst den aus den eingelösten Pfandbriefen ersparten Zinsen zu verwenden, dergestalt, daß die Tilgung längstens in 71 Jahren, vom 1. Januar 1886 ab gerechnet, vollendet sein muß. Die Auslösung geschieht im December jeden Jahres zuerst im Jahre 1889 und werden nach vorgängiger Bekanntmachung in den Geschäftsblättern die verlosenen Pfandbriefe im folgenden Jahre am 1. Juli ausgelöst.

Der Gesellschaft bleibt jedoch das Recht vorbehalten, den Tilgungsfonds zu vergrößern oder auch sämtliche noch im Umlaufe befindlichen Pfandbriefe auf ein Mal im 6 monatlichen Frist zu kündigen.

Die Discoupons werden ebenso wie die ausgelösten oder gekündigten Pfandbriefe nach Wahl der Inhaber bei den unter Nr. 2 bezeichneten und bei den sonst bestimmten nachmachenden Stellen eingelöst.

- Die zur Convertirung gelangenden Pfandbriefe müssen mit Coupons über die vom 1. Juli 1886 ab laufenden Zinsen nebst Talons eingeliefert werden, während der halbjährliche Coupon über die Zinsen bis 1. Juli 1886 zurückbehalten wird. Der Inhaber erhält den gleichen Nennwerth 3 1/2 % iger Pfandbriefe nebst sofortiger daarer Zahlung von 10 % Zuschlag, 2 % Prämie und der Differenz der Stückzinsen vom 1. Juli 1886 bis 1. Januar 1887.

Diese Differenz beträgt für die 5 %igen Pfandbriefe 1/2 %, für die 4 1/2 %igen Pfandbriefe 1/4 % vom Nennwerthe der Pfandbriefe, welche dem 1. Juli 1886 fällig werden. Die Coupons der 5 %igen Pfandbriefe werden dem 1. Juli 1886 fällig werden. Die Coupons der 4 1/2 %igen Pfandbriefe werden dem 1. Juli 1886 ab abgestempelt.

Der Umtausch der abgestempelten Stücke gegen die neuen Titel wird laut beiderseitiger Bekanntmachung erfolgen, wobei vorbehalten bleibt, durch Zusammenlegung der gleichen Betrag in neu ausgefertigten 3 1/2 %igen Pfandbriefen zu erfolgen, gegen ein abgestempeltes Stück nicht ein neuer Pfandbrief von entsprechendem Nennwerthe umgetauscht werden kann. Stücke über 50 Tlr. (150 Mark) können überbaupt nur zur Convertirung angenommen werden, sondern es sind zwei solche Stücke einzuliefern, um beim Umtausch einen neuen Pfandbrief über 300 Mark zu empfangen.

- Den Pfandbriefen, welche zur Convertirung eingereicht werden, ist ein doppelt deutlicher Namensunterschrift und genauer Wohnungsangabe des Einlieferers beizufügen. Nach den Jahrgängen, Littera und Nummer geordnetes Verzeichniß beizufügen. Formulare hierzu können bei den obgenannten Stellen kostenfrei in Empfang genommen werden.

Die Pfandbriefe können behufs der Anmeldung jeder der unter Nr. 2 genannten Stellen mit der Post eingesandt werden, und erfolgt die Gegenleistung unter Verhängung. Das Porto für die Einsendung und Rücksendung trägt die Preussische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft.

Berlin, den 14. Mai 1886.

### Preussische Central-Bodencredit-Actiengesellschaft

Die Direction. Bossart. Klingemann.

Die Direction. Bossart. Klingemann.

Die Direction. Bossart. Klingemann.

Die Direction. Bossart. Klingemann.

## Deutsches Reich, greif zu!

Es war vor ungefähr zwölf Jahren, da brachten die deutschen liberalen Blätter — damals, wo der Rationalismus im Zenith der Regierungsgunst stand, wurde mit wenigen Ausnahmen die gesammte liberale Presse mit offiziellen Notizen versehen — geheimnisvolle Andeutungen über ein schreckliches Verbrechen, welches von einem ultramontanen Ausländer gegen den Kanzler des Deutschen Reichs geplant gewesen und nur durch einen besonderen Zufall verhindert worden ist.

Man wußte erst nicht recht, woran man mit allen diesen dunklen Andeutungen war. Da erfuhr man eines schönen Tages, daß ein ziemlich vollkommenes Subjekt, welches in einem belgischen Städtchen lebte — wohl angeregt durch die katholische Presse seines Landes — dieselbe machte damals aus den Gefühlen, die sie für den Kulturkämpfer Fürst Bismarck hegte, durchaus kein Geheimnis — einen Plan entworfen, wie der Herr Reichskanzler gewaltsam aus der Welt zu schaffen sei, und daß der Entwerfer dieses Planes denselben dem Erzbischof von Tournai mitgeteilt hatte.

Obwohl nun der letztere sofort der belgischen Regierung Kenntnis von dem beabsichtigten Verbrechen zukommen ließ und diese einerseits die deutsche Regierung und dito Polizei von dem verbrecherischen Vorhaben in Kenntnis setzte, und andererseits für eine eingehende Untersuchung des Sachverhalts und Ueberwachung des Verdächtigen sorgte, so fehlte es doch damals in der kulturkämpfenden Presse nicht an Stimmen, welche die deutsche Zentrumspartei und den belgischen Klerus für den verbrecherischen Plan verantwortlich machten.

Es war damals die schöne Zeit, wo das den Geschmack und Bildungsgrad unserer Kulturkämpfer aufs Treffendste kennzeichnende Lied „vom letzten Wasserdamm, an dem die letzte Rinne hängen muß“, die Kunde durch den Abschluß der Kulturkämpfepresse machte. Die staunende Welt erfuhr damals, daß am Rhein der unter der Leitung des königl. preussischen Geschichtsprofessors und Landtagsabgeordneten von Sybel stehende „deutsche Verein“ ein förmliches Spionagesystem gegen die gesammte katholische Bevölkerung der Provinz eingerichtet hatte, um so die politische Polizei, welche damals in hellem Lichte mit Priestern und Nonnen sich befand, mit Denunziationen und Berichten aus Privatkreisen zu unterstützen, Privatkreisen, in welche einzudringen es der offiziellen Polizei nie gelungen wäre.

Mit dem Gelde der liberalen rheinischen Bourgeoisie wurden Privatdetektives bezahlt, welche in die Familien sich einschleichen oder die Bekanntheit katholischer Beamten suchen mußten, um auf diesem sauberen Wege vielleicht zu erfahren, in welcher Weise es diesem oder jenem „respekteren“ Geistlichen wohl gelungen sei — einem Sterbenden die letzten Sakramente zu spenden — ein „Verbrechen“, das damals mit Romanen von Gefährlichkeit befrachtet wurde.

Die entlarvte Thätigkeit Konigens, dieses Stiebers, vulgo Rog Schmeißel, der liberalen Partei des Rheinlandes, war den Herren Liberalen sehr unangenehm und um die Aufmerksamkeit von ihrer mehr als zweifelhaften Geschäftigkeit in ihrem „deutschen Verein“ abzulenken, logen und schimpften sie in ihrer Presse über das nicht ausgeführte Verbrechen, was das Zeug hielt.

Aber darüber wollten wir eigentlich nicht schreiben, sondern ein anderer Vorgang ist es, der die Erinnerung an jene Ereignisse in uns aufweckt.

Es war nämlich nicht bloß die liberale Partei und Presse, welche von dem nicht ausgeführten Attentat ein großes Aufsehen machte, nein, auch die deutsche Regierung und speziell der Herr Reichskanzler nahmen die Sache außerordentlich tragisch.

Der Reichskanzler verlangte nämlich, daß der Entwerfer des Attentatsplanes vor den Richter gestellt und bestraft werde. Da stellte sich aber heraus, daß das belgische Strafgesetz eine entsprechende Strafbestimmung nicht kannte und daß die dortige Regierung den Wünschen des eisernen Kanzlers nicht nachkommen konnte. Darüber entstand großer Ärger in der offiziellen Presse in Berlin. Aber auch diplomatische Noten wurden gewechselt zwischen Berlin und Brüssel, und das Resultat war — daß die belgische Regierung einen den Berliner Wünschen entsprechenden Entwurf zur Abänderung des Strafgesetzbuches vorlegte, der auch Annahme fand.

Warum wir jetzt an all das erinnern? Nun, ist die Sache nicht der Erinnerung werth?

Ein durch und durch vollkommenen Mensch, Duchesne hieß der Patron, seines Zeichens war er Reflektierer, hatte einen

Plan zur Ermordung des deutschen Reichskanzlers ausgedacht, der sofort der Polizei bekannt wurde und zu dessen Ausführung nie ein Schritt geschah.

Trotzdem hielt unsere Reichsregierung dieses Vorkommnis für wichtig genug, sofort mit dem ganzen Gewicht ihres Gesetzes und ihrer Macht auf das kleine Belgien einzuwirken, damit dasselbe seine Gesetzgebung ändere, und auch bei uns brachte die Strafgesetznovelle von 1878 eine entsprechende Veränderung, den sogenannten „Reflektierparagrafen“, 49a des Strafgesetzbuches.

Auch augenblicklich setzen Vorgänge in den belgischen Bergwerks- und Fabrik-Distrikten ganz Europa in Aufregung. Daß die dort stattgehabten und sich in verhältnismäßig kurzen Zwischenräumen immer wiederholenden Arbeiter-Revolutionen auch eine Gefahr für die benachbarten Staaten in sich bergen, kann gar keinem Zweifel unterliegen und wird auch dadurch von den belgischen Regierungen bestätigt, daß Frankreich den an Belgien grenzenden Theil seiner Nordgrenze stärker mit Militär besetzte und der preussische Minister des Innern, Herr von Puttkamer, von dem „niederstimmenden Widerstand“ sprach, welchen die preussische Regierung dem sich etwa von Belgien auf deutsches Gebiet überplanzenden Aufruhr entgegen zu setzen entschlossen sei.

Belgien mit seinen Arbeiter-Revolutionen ist also eine Gefahr für den Westen Europas.

Was aber ist die Ursache dieser Revolutionen?

Alle unabhängigen Stimmen sind darin einig, daß die schamlose, jeder Beschreibung spottende Ausbeutung der belgischen Arbeiter, Frauen und Kinder mit eingeschlossen, die Schuld an den Aufständen trägt.

Die Ausbeutung aber wird nur möglich durch den vollständigen Mangel aller und jeder Fabrik- resp. Arbeiterschutzesgesetzgebung in Belgien.

Wie wäre es denn nun, wenn das mächtige Deutschland heute das, was es seinerzeit um der Halluzinationen eines lumpigen Reflektierers willen that, wiederholte und Belgien aufforderte, seine schwere Unterlohnungsfälle gut zu machen und in seiner Gesetzgebung den großen Industriestaaten Europa's zu folgen?

Jeder Versuch, unsere deutsche Arbeiterschutzesgesetzgebung weiter auszubauen, wird von den deutschen Fabrikanten mit dem Hinweis auf die belgische Konkurrenz bekämpft. Wir dächten, jetzt wäre die passende Gelegenheit, der belgischen Regierung beizustimmen zu machen, daß sie die in ihrem Lande wuchernde, auf dem absoluten Mangel einer Arbeiterschutzesgesetzgebung beruhende Schmutzkonkurrenz zu beseitigen habe, und diejenige Regierung, welche in entsprechender Weise Belgien zur Erfüllung dieser internationalen Pflicht brächte, verdiente sich den Dank der Arbeiter aller Kulturländer.

Das wäre ein Schritt, eines großen Staatsmannes würdig, deshalb: Deutsche Regierung, da winkt frischer Lorbeer edelster Art! Warum greifst Du nicht zu?

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

90. Sitzung vom 20. Mai, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrathes v. Boetticher, v. Scholz, Lucius.

Das Mandat des Abg. v. Venz (Württemberg) ist in Folge seiner Ernennung zum Oberstaatsanwalt erloschen.

Zu dem Gesetz-Entwurf, betreffend die Besteuerung des Zuckers, der zur zweiten Berathung steht, beantragen Witte und Barth, in §§ 1 und 2 die Steuer- und Vergütungssätze dahin abzuändern: Rübenzuckersteuer wie bisher 1,60 M. (statt 1,70 M.), Vergütung für Rohzucker 17 M. bis 30. September 1887 (statt 18 M.), später 16 M. (statt 17,25 M.); die Vergütungssätze für alle harten Zucker sind dem Umrechnungsverhältnis entsprechend zu ermäßigen.

Abg. Lippe referirt über die eingegangenen Petitionen, die durch die Beschlüsse des Hauses als erledigt erklärt werden sollen.

Abg. Trimborn (Zentr.): Gegen die in § 1 enthaltene mögliche Erhöhung des Rübensteuerzuges hat man zunächst eingewendet, es werde sich der Konsum erheblich vermindern. Aber der Konsum hat sich bei der bisherigen Steuererhöhung, von der die Vorlage nur eine weitere Erhöhung ist, trotz der sukzessiven Erhöhung des Steuerzuges immer mehr vergrößert. Den Hauptzug der direkten Erhöhung der Rübenmaterialsteuer in Be-

bindung mit der vorläufigen Vertheilung der Exportvergütung von 18 M. erblicke ich darin, daß diese Maßregel schon mit dem 1. August 1886 eingeführt wird. Bei dem jetzigen Rendementverhältnis liegt in der Exportbonifikation immerhin eine Prämie für den Zuckerfabrikanten, allein sie ist eine Nothwendigkeit; von dem Soßm der Ausfuhrvergütung ist unsere ganze bisherige Zuckererzeugung ausgegangen, und unter ihr hat sich die nationale Zuckerindustrie so hoch entwickelt, daß wir an der Spitze der Nation marschieren. Ich bitte Sie daher, nehmen Sie die Vorlage an.

Abg. Döbelhäuser: Auch ich werde für die §§ 1 und 2 und für das ganze Gesetz stimmen, jedoch nur im Sinne des bis aller. Nachdem die Regierungen die Frage der Regelung der Rübensteuer oder einer Exportvergütung für die Rübenzuckerindustrie haben und unsere Finanzlage eine Herabsetzung der Zuckersteuer nicht zuläßt, nachdem auch die große Mehrzahl der Zuckerinteressenten selbst die innerhalb des Gesetzes zu bildende Ausgleichung zwischen Exportvergütung und Rübensteuer lieber in einer Erhöhung der bestehenden Rübensteuer, als in der Herabsetzung der Vergütung sucht, bleibt für mich und einen großen Theil meiner Freunde nichts anderes übrig, als einfach dieser Vorlage zuzustimmen. Durch dieses Gesetz werden wir zum ersten Mal zu bestimmten statistischen Daten gelangen, auf Grund deren eine spätere definitive Regelung in ganz anderer Weise in die Hand genommen werden kann. Sie heute über dieselbe auszusprechen verlohnt nicht; doch bin ich der Ansicht, daß wir das System der Rübensteuer überhaupt auf die Dauer nicht zu verlassen brauchen, wohl aber den Weg, den England beschreitet, einschlagen und in bedeutendem Maße bis mindestens auf die Hälfte allmählig herabgehen sollten. Und ich hoffe, meine Herren, daß die beabsichtigte Branntweinsteuer, wenn sie in diesem hohem Maße, wie ich hoffe, Annahme findet, und in solcher Weise finanziell erleichtert wird, daß man später bei einer definitiven Regelung der Zuckersteuer die Rübensteuer auf die Finanzen nicht mehr wie jetzt in den Vordergrund zu stellen braucht, sondern mehr die wirtschaftliche und soziale Seite der Frage wird ins Auge fassen können.

Abg. Witte: Wenn jemals ein leichtfertiges Urtheil gegenüber den allerwichtigsten Gegenständen abgegeben ist, dann hat es Herr Döbelhäuser mit seinen Schlussworten einem Gesetz gegenüber fertig gebracht, über das ich in diesem Augenblicke mich absolut nicht äußern will, dessen Inhalt und Form aber sehr eingehend geprüft werden und demgegenüber Niemand ein solches Urtheil abzugeben im Stande sein wird, es sei denn, daß er auf dem Standpunkt der absoluten Verwerfung oder der absoluten Annahme alles dessen steht, was uns entgegengebracht wird. Alle Nachhilfe für die Reichsfinanzen und die Zuckerindustrie selbst schreiben sich dabei, daß bereits 18,3 eine effektive Ausfuhrprämie zu Tage trat, welche stetig wuchs und eine ungeheure Ausdehnung der Industrie zur Folge hatte. Unsere Anträge sollen alles erreichen, was die Regierung von der Erhöhung dieser Steuer erwarten kann: Sicherheit und Stärkung der Einnahmen und Verminderung der in der Rübensteuer liegenden Ungerechtigkeit. (Beifall links.)

Finanzminister v. Scholz: Ich bitte Sie Namens der verbündeten Regierungen, das Amendement abzulehnen zu wollen, finanziell — das gebe ich zu — ist der Erfolg einer Regulierung, wie sie das Amendement vorschlägt, vielleicht bis auf eine verschwindende Differenz übereinstimmend mit dem Ergebniss, welches von der Regierungsvorlage zu gewärtigen sein wird. Rame es also nur auf den finanziellen Effekt an, so würden wir nichts dagegen haben. Aber ich glaube, darüber kann kein Zweifel sein, daß es gerechtere wäre, der Zuckerindustrie eine neue tiefe Wunde zu schlagen. Der Abg. Witte sagte, es würden Landwirtschaft und Industrie immer Hand in Hand gehen müssen, dann beauftragte ich nicht, wie er mit dem Antrag einen so schweren Schlag auf die Zuckerindustrie rechtfertigen kann. Dies Argument ist meiner Meinung nach nur ein Scheinargument. Wenn man sagt, der Zucker ist billiger geworden, kann also die Steuer nicht tragen, so ist dies ein theoretisches Rationnement. Die Unrichtigkeit einer solchen Schlussfolgerung liegt auf der Hand. Nun ist gesagt worden, die verbündeten Regierungen zeigten kein Entgegenkommen gegenüber dem Reichstage; Sie müssen aber bei erster Prüfung zugeben, es ist selten ein so weites Entgegenkommen von den verbündeten Regierungen geübt worden, als gerade hier. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Sie die Vorlage unverändert annehmen.

Abg. Kohnland (dr.): Es ist einigermaßen schwierig, in dieser Materie neue Gesichtspunkte zu finden, die die Noth-

Lebens? Nein, und imponirte diese Aufgereiztheit nicht wegen der paar Madonnen, wir erordneten mit großer Seelenruhe mehrere der lästigsten Beiniger, und ohne an diese Thatsache weitere Betrachtungen zu knüpfen, folgten wir den Spuren des Mannes mit der weißen Weste und dem dicken Bauch, freilich ohne zu erröthen, denn erstens war es durchaus nicht die Liebe, welche uns hinter den Dicken hertrieb, zweitens wäre aus jeder Versuch, holde Schamröthe auf unsere Wangen zu locken, wegen der überaus schlichten Hygiene entschieden kärglich gescheitert, denn wir waren so schon freudlos und drittens endlich war der Dicker überhaupt keine Jungfrau, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach ein recht solider Berliner Hausbesitzer, und wir sind doch ganz gewiß keine Ränglinge mehr.

Was haken alle Gaben der Natur, wenn die Kunst nicht nachhilft! Wohl erblickt man vom Kirchthurm von Robinson „alle Herrlichkeiten der Welt und ihre Schätze“, von dem tiefblauen Havelwasser hebt sich das verschiedenartigste Grün mit seinen unendlich fein nuanzirten Abstufungen höchst malerisch und wirksam ab, und eine „Schwänin“, — ich weiß allerdings nicht, ob das der richtige Ausdruck für eine Schwanenfrau ist, — sah mit langem Halse und anscheinend recht ungeduldig auf ihrem kunstlosen Nest. Es muß wirklich ein recht trostloses Geschäft sein, Eier auszubrüten; die arme Schwänin! Dort hinten allerdings wiegt sich ihr Herr Gemahl in der kühlen Frühl-, den Hals zurückgebogen, die weißen Fittiche ausgebläht, ganz Stolz, ganz Selbstbewußtsein. Er spiegelt sich, pupillenhaltig wie eine „höhere Tochter“, in den durchsichtigen Wellen, und er sah so aus, als wäre er mit sich und seinem Werke ungemein zufrieden. Wer kann es ihm verdenken? Doch die Zeiten werden sich ändern, aus den Eiern werden Junge kommen, und dann heißt es auch für den prägnanten Ehemann: Fische fangen für die „Föhren“, damit sie nicht verhungern!

Propos, Hunger — den kriegt man allerdings überall, selbst wenn man ganz unschuldiger Weise in ein Schwanenest guckt und sich um die zwar schon gelegten, aber noch nicht ausgedrülten Eier kümmert.

In Moorale sah ich unsern Dicken wieder. Der Himmel mag wissen, wie sich dieser Klumpen dorthin gewälgt

## An der Havel.

R. C. Wer die Mark Brandenburg, des Deutschen Reichs Streifenbühne genannt hat, verdient mit verbundenen Augen an einem schönen Frühlingsmorgen hinausgeführt zu werden an die Gesele der Havel und hier müßte man ihm plötzlich die dunklen Berge, die weiten Seeflächen mit den kolkartigen Segeln darauf zeigen, — er müßte ein Mensch sein, der einen Stein in der Brust trägt, wenn er jene verkehrte Behauptung zu wiederholen wagte.

In voller Ueberszeugung von der Schönheit unseres engeren Vaterlandes würden wir es höchstwahrscheinlich für sehr überflüssig halten, auf die Vorzüge unserer heimischen Gegenden noch besonders hinzuweisen; da wir jedoch häufig mit Leuten zusammen kommen, die für unsere begeisterten Ausführungen über unsere Seen und Wälder nur ein mittelbares Interesse haben, so wenden wir uns von jetzt ab natürlich nur noch an unsere Freunde und Landsleute, die uns nicht nachsagen, daß der Brandenburger nur Kartoffeln zu essen und Schnaps zu trinken verstände. —

Vor die Tugend setzen die Götter den Schweiß, so sagt ein altes griechisches Sprichwort, und die Griechen haben Recht, denn wenn wir in dem obigen Satz für den Begriff „Tugend“ das Wort „großes Fenster“ und für die schon lange auf Inaktivität gesetzten griechischen Götter die kamerunartige Sommerhitze von vorgestern Mittag einsetzen, so braucht man, wenn man den Marsch von Schlachtensee nach dem „großen Fenster“ zurückgelegt hat, nur seinen durchgeschwitzten Hemdstragen zu betrachten, und man wird von der durchaus dauerhaften Wahrheit griechischer Sprichwörter und der vorübergehenden Hyge im Brunwald für alle Zeiten überzeugt sein.

„Das große Fenster“ ist bekanntlich eine weite Ausbuchtung am linken Havelufer südlich von Schildhorn. Wenn die Wälder vorgestern ebenfalls Feiertag gemacht hätten und ihren Ausdunstung an irgend einer anderen Flüssigkeit gewöhnt hätten als an dem Lebenssaft ihrer Mitgeschöpfe, als welche sie uns Menschen schließlich doch auch anerkennen müssen, so kann man getrost sagen, daß es weit und breit keinen schöneren Anblick gibt, wie man ihn hier in dem weiten Ausblick über die Havel und die gegenüber liegenden Berge genießt. Freundlich

grüßen die roten Ziegelhäuser des Dörfchens Neu-Gladow herüber, den Strom hinauf erblickt man die weißen Wägen einiger bedrängter Sterblicher, die den ganzen Sommer hier draußen verbringen, im Hintergrunde erhebt sich steil und spitzig wie ein drohender Bergfänger der Thurm von Spandau, aber nicht der Jullustthurm, schwerwiegenden Angebens, sondern der Thurm der Nikolai Kirche. Auch gut, man muß mit Allem vorlieb nehmen, und die Begehrtheit wird entschieden nicht so leicht gerast, wenn man die Millionen nicht immer vor Augen hat. Drüben, hinter der vor-springenden Landzunge muß die Stelle sein, an welcher der alte Wendenfürst, um seinen Verlorenen zu entgehen, mit gewappnetem Ross durch die Havel schwamm. Ruß ein merkwürdiger Herr gewesen sein, dieser Wendenfürst Jaczo! Wenn er seine Hufe oder seinen Ross auf dem diesseitigen Ufer zum trockenen zurückgelassen hätte, könnte man das verstehen, oder sein Horn und sein Schild konnten doch unmöglich von der Rasse gelitten haben. Gleichviel, durch die Gründung von Schildhorn hat sich Jaczo um alle Berliner ein unsterbliches Verdienst erworben, und alle Männlein und Fräulein, die Sonntags dorthin wälen, um den feurigen Trank der Leoante selbst zu bereiten und zu schlürfen, werden sein Andenken in Ehren halten, jetzt und immerdar.

Historische Stätten fordern immer zu angemessenen Betrachtungen heraus. Wir wollten uns gerade noch mehr in jene uralten Wendenzeiten verlieren, als wir durch einen kräftigen, lästerlichen Fluss nach dicht in unserer Nähe aus der beschaulichen Ruhe aufgeschreckt wurden.

„Donnerwetter, die verfluchten Rüden, sonne Bistier!“ sagte ein Bierdoh in wilder Tone, in dem Gerstrupp bewegte es sich und ein solofaler Rauch, unspannt von einer blendend weißen Welle erschien auf der Bildfläche. Der Inhaber dieses Baues sah surschadig aufgeregt aus, wahrscheinlich hatten ihn die Rüden im Schlafe gekört; er führte einen Lustig aus, als wolle er einem unsichtbaren Feinde das Nasenbein zerschmettern.

Er streifte uns mit vernichtendem Seitenblick und schlug sich in die Hüfte. Der Mann hatte nicht so ganz Unrecht mit seiner Wuth über die winzigen Blutsauger, aber was wollen die kleinen Stacheln bedeuten gegen die großen Aderlässe des

bringen auch nichts Neues, um die Erhöhung der Steuer zu rechtfertigen. Wir erkennen ja gerne das Wohlwollen an, welches die Reichsregierung bis jetzt der Zuckerindustrie dauernd gewährt hat, aber die Exportprämie ist ihr nicht zum Nutzen, sondern zum Verderben geworden, und führt uns, fahren wir hiermit fort, nur immer weiter hinein ins Verderben, in den Krach. Wir müssen uns vor allen Dingen auf unsere eigenen Füße stellen, darin sollte uns die Reichsregierung durch die Gesetzgebung unterstützen. (Zustimmung links.) Geben wir jetzt die Erhöhung des Steuerfußes um 10 Pf. zu, so wird man immer wieder kommen und neue Erhöhungen fordern. Im Gegentheil aber müssen wir Schritt für Schritt abwärts gehen in der Materialsteuer, dann nur werden wir dahin kommen, dann nur werden wir der Staatskasse das gewähren, was sie von Rechtswegen zu beanspruchen hat. Sehen Sie von dem bisherigen Steuerfuß nicht ab, sondern nehmen Sie unseren Antrag an. (Zustimmung links.)

**Abg. Timhorn:** Der Herr Abg. Witte hat mir vorgeworfen, daß ich ein Vertreter des Prämienfußes sei, obwohl wir doch im Jahre 1869 die Exportbonifikation mit der Maßgabe beschlossen hätten, daß sie keine Prämie in sich tragen sollte. Bei der heutigen Exportvergütung besteht aber eine Prämie, und zwar, wie ich behaupte, mit Wissen und Willen der verbündeten Regierungen. Was ist denn der Schutzoll anderer als eine Prämie? (Sehr wahr! links.) Diesen Einwurf habe ich erwarret; denken Sie denn, daß ich vor den Konsequenzen meiner Gedanken zurücktrete? Ich halte die Schutzollpolitik für durchaus richtig, weil sie die nationale Arbeit unterstützt.

**Abg. Barth:** Der Herr Finanzminister hat zugestanden, daß unser Antrag vom rein finanziellen Standpunkte aus auch für die verbündeten Regierungen akzeptabel sein würde, er hat aber hinzugefügt, daß er deshalb nicht annehmbar sei, weil er der Industrie neue tiefe Wunden schlagen würde durch die Exportbonifikation, die wir nach dem Ausdeutungsverhältnis von 10 zu 1 vorge schlagen haben. Das Ausdeutungsverhältnis sollte nach dem Stollberg'schen Antrage 10% zu 1 betragen. Die Regierungen nehmen 10, 15 zu 1 und wir 10 zu 1 an. Ist das ein so großer Unterschied? Die „Zuckerzeitung“ macht neuerdings denselben Vorschlag wie wir. Wir Deutschen freilich sehen mit unserem Antrage die Regelung der Zuckersteuerfrage keineswegs für erledigt an. Aufgabe einer rationalen Steuerpolitik muß es sein, auch den Rest der Zuckerprämie zu beseitigen. Die jetzige Zuckersteuerpolitik läuft auf nichts Anderes hinaus, als einige Duzend Millionen aus dem Beutel der Steuerzahler zu nehmen und der Zucker-Industrie zuzuwenden. Bei den Schutzöllen wird eine versteckte Prämie gezahlt, hier aber erhält die Zuckerindustrie offen ein Geschenk. Unser Antrag bedeutet nur eine kleine Abschlagszahlung. Bei dem früheren Reichstagsbeschlusse handelte es sich darum, zu einem definitiven Beschlusse zu kommen. Die Regierung hat ja auch keinen energischen und erheblichen Widerstand gegen den damaligen Beschlusse geleistet. Sollte sie auch diesen zum Beschlusse erhabenen Antrag ablehnen, so würde sie damit der Reichskasse einen schweren Schaden zufügen. (Beifall links.)

**Minister v. Scholz:** Entweder hat der Vorredner die Rede des Herrn Schatzsekretärs am 3. April nicht gehört oder den Eindruck derselben sehr bald vergessen, wenn er ausgeführt hat, daß die verbündeten Regierungen bei den letzten Verhandlungen der Zuckersteuer nicht mit Bestimmtheit erklärten, daß sie die Zustimmung des Bundesrats zu dem Reichstagsbeschlusse, soweit es sich um das Amendement Stollberg's handelte, nicht in Aussicht stellen konnten. Der Reichstag steht deshalb auch der gegenwärtigen Vorlage nicht mit völliger Ueberrasschung gegenüber. In dem Rendementsverhältnisse von 10, 15 zu 1 kann ich eine Exportprämie nicht erblicken. (Oh! links.) Es handelt sich nicht darum, was irgend eine mit vollkommensten Einrichtungen versehene Fabrik zu leisten vermag, sondern darum, was die gesammte Industrie im Durchschnitt zu leisten vermag. Es ist mir aber doch interessant, daß Herr Barth trotz seiner Aversion gegen Exportprämien seinerseits mit seinem Antrage eine Exportprämie befristet. Die Behauptung, daß die Finanzpolitik der Regierung darauf hinausgehe, aus den Taschen der Steuerzahler einige Millionen zu nehmen und in die Taschen einiger bevorzugter Menschen zu legen, weise ich auf das Entschiedenste zurück.

**Abg. v. Hellendorff:** Die Zuckerindustrie ist bei uns zu einem sehr wesentlichen Theile des landwirthschaftlichen Betriebes geworden, sie hat die Landwirtschaft gehoben und für Tausende von Arbeitern Beschäftigung gewährt. Alles dies kommt der Gesamtheit zu Gute. Es wäre darum auch ein Opfer des Steuerzahlers, von dem Abgeordneter Barth gesprochen, gar nicht ungerathen, wenn der Standpunkt der Nationalökonomie. In dem Antrage Barth kann ich nur eine Demonstration gegen die Regierung erblicken und bitte daher, denselben abzulehnen.

**Abg. Barth:** Ich begreife nicht, wie wir mit unserem Antrage eine Exportprämie befristet sollen, wie der Herr Minister gesagt hat. Wir haben eine Exportbonifikation von 16 M., und keine geringere, nur deshalb vorgeschlagen, weil wir nach Lage der Dinge augenblicklich etwas Besseres nicht erreichen können. Unverständlich ist mir, wie der Finanzminister sagen konnte, daß bei einem Rendementsverhältnis von 10, 15 zu 1 von einer Exportprämie nicht die Rede sein könne. Der Zuckerfachverständige Prof. Scheibler hat in einer kleinen

hatte. Er zahlte gerade, als wir ankamen, und die Frucht seiner Thätigkeit in diesem reizenden Bergquasort konzentrierte sich in „zwei Schinkenflüssen, drei Weiszen, einer Poisdamer und vier Kognals!“ Diesen Mann müßten Steuern auf notwendige Verbrauchsgüter unмыselhaft in aller kürzester Zeit zu Grunde richten! Er sah allerdings nicht so aus, als ob er dieselben besonders fürchtete, trotzdem gefiel uns der Mann, jedenfalls war er nach der „Speisefarte“ kein Anhänger der Schwemmenkultur.

Von drüben her winkte der Pfingstberg. Ein rüstiger Fährmann war bald gefunden, und nach kurzer Zeit hatten uns seine kräftigen, regelmäßigen Ruderschläge bis in die Mitte des weiten Bedens gebracht.

Kleine schwarze, finkle wilde Enten, Viezen nannte sie unser Schiffer, trieben ihr munteres Spiel und hin und wieder sprang ein silberglänzender Fisch aus der blauen Fluth. Große Schleppdampfer mit altmodischem Radlasten zogen breite Kalfähne mit hohen Verdecken die Havel hinab, dort lagen Klöße, lang aneinander gereiht, mit den wetterharten Führern darauf, die sich auf ihrem Floß, so gut es geht, wohnlich einrichten, und rings herum die schweigenden Berge, die sich in sanft geschwungenen Linien in die blaue Ferne verlieren! aus dem farbenprächtigen Grün sehen neugierig die Thürme von Schloß und Willen hervor, — unsere Havel ist doch schön!

Im Restaurant am Pfingstberg herrscht allerdings der Gardeoffizier in und außer Dienst. Die ältlichen Herren sehen alle so aus, als ob sie ihre Pension verzehren, und über die jüngeren liegt die Uniform keinen Zweifel zu. Doch was kümmert's uns, wir waren froh, als wir ein delikates Frühstück erblieben, leider führte der Herr gerade seine „Kouffine“ aus. Natürlich verbot es uns unsere angeborene Schamlosigkeit, uns um Familien-„Verhältnisse“ zu kümmern, die uns nichts angehen, als wir aber spät Abends in Berlin ankamen, da beherzte uns außer großer Müdigkeit ein Gefühl über, trostloser Verlassenheit, die Verpöhrte Straße erschien uns leer trotz des gewaltig pulstrenden Lebens. „Weshalb“, fragten wir und wehmüthig „hat der eine Mensch so viele Kouffinen und der Andere besitzt keine Einzige?“

Professur rund heraus erklärt, daß die ganze Rohmaterialsteuer nur die Bedeutung habe, versteckte Prämien zu erzielen. Wenn wir so fortfahren, so können auch die Wollwäcker eine gleiche Entschädigung beanspruchen und zuletzt auch die große Schaar der Arbeiter. (Beifall links.)

**Abg. Puhl:** Der Abg. Barth übersteht, daß nur die wenigsten Fabrikanten eine der Rübensteuer entsprechende Exportbonifikation erhalten. Der Antrag Barth bedingt eine Entlastung des inneren Konsums, welche ich bei diesem immerhin erheblichen Lebensmittel im Interesse der Staatskasse nicht befürworten kann.

**Abg. Witte:** Wie unrichtig die Behauptung des Finanzministers ist, daß in dem Rendementsverhältnis von 10, 15 zu 1 eine Exportprämie durchaus nicht enthalten sei, habe ich schon bei der ersten Beratung am 12. Januar bewiesen. Nach der Reichskassirer wurden 1883/84 9,45 Doppelzentner Rüben zur Herstellung eines Doppelzentners Zucker gebraucht, 1184/5 9,26 und für das folgende Jahr sind wahrscheinlich nur 9 Zentner notwendig gewesen. Dazu wurde noch bemerkt, daß der durch die Strontianitfabriken aus Melasse hergestellte Zucker nicht mit eingerechnet sei. Eine Prämie erhalten in der That nur diejenigen, welche guten Rübenboden und bessere Einrichtungen besitzen, die schwächeren Elemente kommen am schlechtesten weg.

**Minister v. Scholz:** Die Meinung des Abg. Witte ist doch nicht consensus omnium. Darüber hat der Herr Schatzsekretär auch s. B. keinen Zweifel gelassen.

Die Debatte wird geschlossen.

**Abg. Döschelhäuser (persönlich):** Reinem verehrten Freunde Witte möchte ich bemerken, daß die Hoffnungen, die ich in Bezug auf das Zustandekommen eines Branntweinsteuergesetzes aussprach, lediglich und selbstverständlich persönlicher Natur waren, und ist meine Partei noch gar nicht in der Lage gewesen, überhaupt über die Sache zu beschließen. (Abfall links.) Im Uebrigen sind die Ansichten unserer Partei über die Branntweinsteuerfrage bekannt. Aus diesem Grunde ist dieses „Aha“ meiner Ansicht nach von keiner großen Tragweite. Auch meine Ansicht über die Exportvergütung von 17,50 M. ist eine rein persönliche; der größte Theil meiner Fraktionsgenossen steht auf dem Boden der Vorlage, also auf dem Sage von 17,25 M.

Der Antrag Witte wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten, der Abg. Vohsen, v. Griften, v. Reinbaben und v. Unruh (Boms) von der Reichspartei, sowie einiger Centrumsmitglieder (Moufang, Passerotti &c.) abgelehnt und die §§ 1 und 2 der Regierungsvorlage unverändert angenommen. Die übrigen Paragraphen werden ohne Debatte ebenfalls nach der Regierungsvorlage angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Reiz beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

**Abg. v. Köller:** Kaum eine andere Wahl hat so viel Aufsehen erregt in der Presse, als die vorliegende. In dem Berichte sind die Namen der Beamten angeführt, welche für Herrn Reiz gewirkt haben, aber nicht die Namen der Beamten, die für den Gegenkandidaten eingetreten sind.

**Abg. Reiz** ist gewählt mit einer absoluten Majorität von 1195 Stimmen. Gegen diese Wahl ist ein Protest eingebracht nicht von Wählern jenes Wahlkreises, sondern im Auftrage freisinniger Wähler vom Abg. Richter. (Widerspruch links.) Wie gefährlich es ist, auf Grund solcher Ausstellungen einiger Wähler einen Protest hier im Reichstage zu formulieren, das wird uns auch hier gezeigt. Von den beanstandeten 24 Punkten haben sich ca 19 als unbegründet erwiesen. Von den übrig bleibenden Punkten zieht sich ein Theil auf das Eintreten von Beamtenkoalitionen zu Gunsten des Abg. Reiz. Aber auch für den Gegenkandidaten ist eine große Reihe von Lehrern, Richtern und Verwaltungsbeamten öffentlich mit ihrem Namen eingetreten. Aus diesem Grunde hat auch die Wahlprüfungs-Kommission diese Frage als irrelevant erklärt. Auch die Verhinderung der Wählerversammlung in Döppershausen kann nicht als ausschlaggebend betrachtet werden, weil selbst in dem Falle, daß alle wahlberechtigten Einwohner von Döppershausen für Baumbach gestimmt hätten, die Majorität für Reiz nicht allerirt würde. Ich komme nun zu dem Punkte, der das Eintreten der Kriegervereine zu Gunsten des Abg. Reiz betrifft. Die Kommission hat sich offenbar von der Bedeutung dieser Vereine ein ganz falsches Bild gemacht. § 2 der Statuten dieser Vereine besagt, daß es sich bei denselben handelt um die Pflege kameradschaftlicher Beziehungen. Politisch ist in diesen Vereinen nicht einmal geduldet worden. Zweimal ist der Versuch dazu gemacht, aber er hat stets dazu geführt, daß die Betreffenden aus den Vereinen ausgeschlossen wurden. Der Vorsitzende des Deutschen Kriegerbundes kann keinerlei Druck ausüben auf die Mitglieder der Vereine. Das aber kann demselben doch nicht verargt werden, daß er, befragt über politische Dinge, seine Meinung offen und frei ausspricht. Ich bitte deshalb, die Frage nochmals an die Kommission zurückzuweisen.

**Abg. Träger** spricht sich gegen diesen Antrag aus. Herr v. Köller habe gemeint, daß Abg. Richter mit diesem Proteste eigentlich hineingefallen sei, weil von 24 beanstandeten Punkten sich nur 5-6 als begründet erwiesen. Aber nicht alles, was nicht bewiesen werde könne, sei unwahr. Dem Reichskassirer sei der Landrath Baumbach schon seit langem ein Gegenstand des Anstoßes gewesen, weil er ihn im Verdacht gehabt, mit seinem amtlichen Einfluß seiner Zeit für die Wahl des Abg. Laßler eingetreten zu sein. Das sei eine völlig unbegründete Annahme gewesen, aber sie haben den Reichskassirer nicht abhalten können, sich mit Beschwerden zuerst an das meiningische Ministerium und dann an den Herzog selbst zu wenden. Der aber habe den Reichskassirer wieder an das Ministerium gewiesen. Nachdem man eine Abweisung des Landrathes nicht habe erhalten können, habe man wenigstens eine Abweisung des Abgeordneten durchzusetzen gesucht, und diese Bemühungen seien von Erfolg gewesen. Herr v. Köller habe eingewendet, daß auch für den Landrath Baumbach Beamte eingetreten seien. In öffentlichen Versammlungen seien nur zwei Beamte für Herrn Baumbach eingetreten. Die Agitation der anderen Beamten habe sich darauf beschränkt, ihre Namen unter einem Wahlausruf zu Gunsten Baumbachs zu setzen. Was den letzten Punkt betrifft, das Eintreten der Kriegervereine für Reiz, so dürfe nicht vergessen werden, daß diesen militärischen Vereinen eine besondere Bedeutung beizumessen. In ihren Statuten stehe allerdings, daß Politisch nicht getrieben werden solle. Was darunter zu verstehen sei, das gehe aus dem Briefe des Vorsitzenden des Kriegerbundes, Obersten v. Ebons, deutlich hervor, der unter Hinweis auf den dem Kaiser zelebrierten Fahneneid darauf hingewiesen habe, daß „Kamerad“ Reiz gewählt werden müsse. Wenn trotzdem die Wahlprüfung nochmals an die Kommission zurückverwiesen werden sollte, so werde seine Partei eine Niederlage darin nicht erblicken, im Interesse des Reichstages würde es aber mehr liegen, wenn die Wahl laßter würde.

**Abg. Spahn** spricht sich für den Antrag v. Köller aus, ohne sich dessen Motive aneignen zu wollen. Das Statut der Kriegervereine war der Kommission bekannt, aber die Kriegervereine sollten, wenn sie ihrem Zwecke entsprechen wollen, mehr denn bisher sich bemühen, den Bestimmungen des Statuts nachzukommen. Das Organ der Kriegervereine, die „Parole“, läßt davon nur wenig verspüren. Was die Centrumspartei bestimmt, dem Antrage v. Köller beizutreten, ist der Umstand, daß die Frage des Gebrauchs, der mit dem Schreien des Obersten v. Ebons getrieben ist, nicht völlig aufgeklärt ist.

**Abg. Boel (Gohla)** weist darauf hin, daß in Braunshweig ein Kriegerverein aufgelöst sei, weil er sich gewelgert,

zwei Mitglieder auszuschießen, die den sozialdemokratischen Abg. Bloß gewöhlt. Da könne man doch nicht sagen, daß die Kriegervereine nicht Politisch trieben.

**Abg. v. Reinbaben** schließt sich dem Antrage v. Köller an. Ohne Kenntniß aller hierhergehörigen Sachverhalte könne das Haus sich von dem angeblichen Wahlterrorismus der Kriegervereine gar kein Bild machen. Er befragt es mit Freuden, daß das Centrum in dieser Wahlangelegenheit ein Bündniß mit der freisinnigen Partei nicht eingehe. (Unruhe links.)

**Abg. Marquardsen** spricht sich ebenfalls für nochmalige Prüfung der in Rede stehenden Wahl in der Kommission aus.

**Abg. Windthorst:** Die letzte Aeußerung des Herrn v. Reinbaben war doch sehr deplacirt; das Centrum weiß genau was es zu thun hat und wünscht von jeder Belehrung durch Herrn v. Reinbaben verschont zu bleiben. Wenn das Centrum mit einer so hochansehnlichen Partei, wie die Freisinnigen sind, zusammengeht, wo seine Ueberzeugung es dazu veranlaßt, so ist das ebenso zu respektieren, wie wenn sich Herr v. Reinbaben mit anderen politischen Parteien verbündet. (Sehr gut! im Centrum.)

Dem Antrage v. Köller gemäß wird nochmalige Berathung der Wahlprüfung Reiz in der Kommission beschlossen. Um 5/4 wird die Sitzung verlagert. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Dritte Berathung des Zuckersteuergesetzes, Interpellation Haferclener betr. den Streik der preussischen Minister des Innern, Wahlprüfungen.)

### Abgeordnetenhaus.

78. Sitzung vom 20. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Buitkammer und Kommissarien. Ohne Debatte genehmigt das Haus in dritter Berathung den Beschlusse, betreffend den Beitrag des Staates zu den durch den Anschluß der Stadt Altona an das deutsche Bollgebiet veranlaßten Kosten und geht dann zur dritten Berathung der Kreis- und Provinzialordnung über.

In der Generaldiskussion nimmt zuerst das Wort **Abg. Uhlendorff:** Nachdem die Majorität in zweiter Lesung sämtliche von meinen Freunden und mir gestellten Anträge abgelehnt hat, verzichten wir auf deren Wiederbringung und werden uns auch nur an der Diskussion in dem Falle betheiligen, daß etwas Unvorhergesehenes eintreten sollte.

**Abg. vom Heede:** Wir werden für das Gesetz, wie es in zweiter Lesung sich gestaltet hat, stimmen. Allerdings hätten wir verschiedene Bestimmungen anders gewünscht, aber wir würden die Ablehnung für einen schlimmen Fehler halten; denn das Gesetz enthält nach den verschiedensten Richtungen hin Fortschritte. Vor allen Dingen bringt es Weisungen die Verwaltungsgerichtsbarkeit, nächst der Verfassung das wichtigste Grundrecht; durch sie ist Preußen erst in Wahrheit zum Rechtsstaat geworden. Ich habe die Ueberzeugung, daß die Mehrzahl der westfälischen Bevölkerung das Verhalten der Nationalliberalen verurtheilt (na! na! — Weiterkeit) und billigen wird, sie wird mit uns anerkennen, daß das Gesetz einen eminenten Fortschritt auf dem Gebiete der Selbstverwaltung bedeutet. Deshalb bitte ich, nehmen Sie das Gesetz an. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

**Abg. Schneider (Wiesbaden):** Herr vom Heede exemplifizierte schon bei der ersten Berathung auf Nassau und Altona dadurch die Vorlage empfehlen zu können. Auch heute hat die Haltung der Freisinnigen als oppositionell angegriffen, eine, die sich nicht mit dem Geiste der Verwaltungsreform verträgt. Ich habe aber das Vertrauen zu meinen Berufsgenossen in Westfalen und in dem Münsterlande, daß sie diese Sprache verstehen werden, wenn auch heute nicht, dann doch, wenn diese Vorlage Gesetz geworden ist, dann werden sie wissen, wo die wahren, wo die falschen Freunde liegen. (Beifall bei den Freisinnigen.)

**Abg. Berger:** Wenn Herr vom Heede ausführt, ich hätte mich vorgestern als Liberaler alten Schlags vorgestellt, so könnte ich mich wohl für berechtigt halten, ihn für einen Vertreter des Liberalismus allerneuesten Schlags zu erklären. (Weiterkeit.) Meiner Auffassung nach gereicht es der gemeinsamen liberalen Sache nicht zum Vortheil, derartige Angriffe wie er githan, unter dem Jubel der Konservativen gegen die Linke zu richten. Die 1874 ausgearbeitete Kreisordnung für die westfälischen Provinzen war wesentlich besser als die jetzt nach 12 Jahren an uns gelangte; nach solcher Erfahrung habe ich zum Warten keine Zeit mehr, ich nehme die Vorlage an und glaube damit eine patriotische Pflicht und die Pflicht gegen meine Wähler zu erfüllen.

**Abg. v. Schorlemer:** Bei den Nationalliberalen ist das Kulturkampfgefühl über Mittelpartei und Regierungsfreundlichkeit. (Weiterkeit.) Noch heute liegt man in hervorragenden nationalen Blättern, daß Regierung und Majorität durch das Kirchengesetz eine vaterlandswidrige Erziehung gestaltet hätten! — Die Vorlage müssen wir annehmen, weil sie uns eine wahre Selbstverwaltung nicht bietet, sondern werfen.

**Abg. v. Eynern:** Das Erstwichtigste an der heutigen Debatte ist, daß die Fraktion Berger sich auf unsere Seite gestellt hat; wie wir taktisch verfahren, kann er füglich uns abwarten. Wir akzeptieren den Einwurf; ich hoffe, daß im nächsten Jahre die Rheinprovinz nachfolgt, der in der westfälischen Kreisordnung ein gutes Vorbild gegeben wird.

**Abg. v. d. Red** erkennt an, daß die Kreisordnung für Westfalen gegenüber den früheren Selbstverwaltungen eine Vorzüge habe, findet aber in derselben das bürocratische Prinzip so stark ausgeprägt, daß er, so schwer es ihm auch falle, Patriot werde, gegen das Gesetz stimmen müsse. (Beifall links.)

**Abg. Eickenscheidt** spricht sich ebenfalls gegen das Gesetz aus.

**Abg. Richter:** Nachdem der Abg. Uhlendorff erklärt, wir würden uns an der Diskussion ohne Provokation nicht weiter betheiligen, konnten wir einen so heftigen Anruf von den Abgeordneten vom Heede, nicht erwarten. Ich habe nicht das Bedürfnis, mit ihm noch über das, was liberaler Polit ist, zu diskutieren; ich würde seine Ausführung ignorieren, wenn er nicht soweit gegangen wäre, für dieselbe die Autorität meines verstorbenen Freundes Laßler anzuführen. Weder der Abg. Berger noch ich weiß, was die Zukunft bringt. Zuversicht bleibe ich, daß die Kraft der liberalen Ideen in diesem Jahrhundert so groß ist, daß selbst die Gegner sich davor beugen, ja selbst der Minister v. Buitkammer und ich und zu, natürlich so wenig wie möglich. (Weiterkeit.) Ich bin mir immer noch in fallender Linie, aber das wird sich schon ändern. Vielleicht wird's nachher so schnell in die Höhe gehen, daß es mir vielleicht zu viel würde. (Weiterkeit.) Ich habe nur den Wunsch, daß keine Katastrophen dazwischen liegen. Den Abg. Berger möchte ich bitten: Ueberlassen wir die Verantwortung für diese Selbstverwaltung ab und hoffen wir auf die Zeit, in welcher auf dem gesunden Boden einer gemeinverordnenden der Selbstverwaltung so aufgebaut werden wird, wie wir es wünschen. (Webhaftes Bravo links, Beifall.)

**Abg. vom Heede:** Ich behaupte, daß Baiters das ein ununterbrochener Kampf war gegen die Richtung, an deren Spitze heute Herr Richter steht. Daß die Fortschrittspartei für Herrn Uhlendorff ihre Stimmen abgegeben hat, kann nicht bestritten werden.

**Abg. Dirichlet:** Ich habe vom Centrum nie eine Stimme bekommen, obwohl ich mich jeder Zeit in der Kommission

lampfrage auf einen dem Centrum verwandten Standpunkt gestellt habe. In dieser Vorlage erblicke ich einen Rückschritt gegen die früheren Besetze.

Die Generaldiskussion wird geschlossen.

In der Spezialdiskussion der Kreisordnung werden §§ 1 bis 26 im Wesentlichen nach den Beschlüssen zweiter Lesung unter Annahme zweier redaktioneller Amendements Neustift und v. Ritter angenommen.

§ 27, der von den Amtsmännern handelt, liegt ein Amendement des Centrum vor, wonach die Amtsverwaltung im Falle der Ablehnung ihrer Vorschläge jederzeit berechtigt sein soll, neue Vorschläge zu machen und daß die Ernennung eines Amtsmanns auf Grund dieser Vorschläge kommissarische Amtsverwaltung angeordnet werden kann.

Der Antrag wird von den Abgg. Wuermeling und v. Schorlemer befürwortet, vom Regierungskommissar, Geh. Rath Braunbehrens, und den Abgg. Grafen Hue de Grais, v. Liebermann und vom Heede bekämpft und von der Majorität verworfen. Für denselben stimmt außer Centrum und Freisinnigen auch die Hälfte der Nationalliberalen.

§ 27 wird unverändert angenommen, ebenso der Rest der Kreisordnung, §§ 28-104, ohne Debatte.

Das Gesetz im Ganzen wird gegen die Stimmen des Centrum, der Polen und der Freisinnigen definitiv genehmigt, ebenso der Gesetzentwurf, betr. die Einführung der Provinzialordnung in Westfalen.

Der Vertrag zwischen Preußen, Oldenburg und Bremen vom 20. März 1886 über die Ausdehnung des Staatsvertrages vom 6. März 1876 auf die Unterhaltung der für die Befestigung von Bremen abwärts bis Vegesack erforderlichen Schiffslagerstätten wird in einmaliger Beratung ohne Debatte genehmigt.

Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Antrag Seer, betr. den Verkehr auf den Rumpfstrassen, Petitionen, Wahlprüfungen.) Die Kanavorlage wird am Sonnabend zur zweiten Lesung gelangen.

### Kommunales.

#### Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 20. Mai.

Der Stadtverordneten-Vorsteher, Herr Büchtmann, eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Die Mittheilungen haben die Wahl von 10 Mitgliedern für den Ausschuss zur Vorberatung der Vorlage, betreffend die Festlegung von Baufluchtlinien für eine neue Straße zwischen der Köpenickerstraße und der Spree in Verlängerung der Eisenbahnstraße vollzogen. Folgende Petitionen kommen zur Auslegung: 1) Einiges nicht genannter Arbeiter wegen Aufnahme in ein Hospital. 2) Des Rathhauskellerpächters Dümichen um Ermäßigung der Kosten für die elektrische Beleuchtung. — Wegen Nichterschöpfung des Instanzenzuges werden folgende Petitionen als ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt: 1) Diejenige des Banquier's G. v. Böler, betreffend die Ermäßigung der Verkehrspreise. 2) Die Resolution der am 4. April d. J. im Rosenlöcher'schen Saale versammelt gewesenen Handlungsgehilfen der Kolonial- und Materialwaarenbranche, betr. die Ausdehnung des Zwanges der Krankenversicherung auf die Handlungsgehilfen. 3) Die Petition des Zentral-Vorstandes des „Deutschen Schuhmacher-Jungungs-Bundes“ wegen Gewährung einer Beihilfe zu Preisen für die im Juli d. J. stattfindende allgemeine deutsche Ausstellung von Schuhmacher-Lehrjünglingen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird Stadtv. Löwel als Mitglied in die Bau-Deputation gewählt. Die Wahlen je eines Mitgliedes für das Kuratorium der Markthallen und in die Deputation für Parlanlagen etc. werden vertagt.

Verkauf von Baulichkeiten auf dem südlichen Grundstücke Münzstraße 6 zum Abbruch, Regulierung und Pflasterung der Kochstraße zwischen Münzstraße und Runowstraße; Verkauf der Runowstraße; Verkauf einer Parzelle an der Ecke der Stadtbahn-Parallellstraße und der Kochstraße. Die Vorlage wird nach den Vorschlägen des Ausschusses nach kurzer Motivierung durch den Referenten derselben, Stadtv. Solon, ohne Debatte genehmigt.

Anschluss eines Gebietes der Gemeinde Schöneberg an die Kanalisation von Berlin. Der Vorsteher des Ausschusses, Stadtv. Wied, beantragt die Annahme der Magistratsvorlage mit dem Zusatzantrage des Stadtv. Weiß: „Sollte der Vertrag mit der Gemeinde Schöneberg aufgehoben werden, oder Schöneberg ein anderes Entwässerungssystem einführen, so müssen diejenigen Leitungen, die auf Schöneberger Gebiet ausgeführt sind und zur Entwässerung Berliner Grundstücke notwendig sind, auch ferner liegen bleiben.“ Der Kostendeckung Schönebergs soll nach dem Zusatzantrage betragen: 1. eine einmalige Summe von 50 M. und 2. jährlicher Beitrag von 6 M. für jedes laufende Meter der Grundstücksfronten. — Im Uebrigen demängelt der Referent die Berechnungen des Stadtv. Dopp, wonach die Kosten, welche Berlin hat, durch den Beitrag durchaus nicht gedeckt werden und stellt ihnen anderes Bauplatzmaterial gegenüber.

Es liegen zwei Anträge vor.

Stadtv. Belleremann und Genossen beantragen, den jährlichen Beitrag auf 13 Mark pro laufendes Meter festzusetzen.

Stadtv. Dopp beantragt prinzipiell die Ablehnung der Magistratsvorlage, eventuell die einmalige Summe pro laufendes Meter auf 200 M. und den jährlichen Beitrag auf 15 M. pro laufendes Meter festzusetzen.

Stadtv. Görki: Bevor ich den Zahlenwust zerpflücke, den der Herr Referent wohl als Produkt des Augenblicks hier vorführt, ist die prinzipielle Seite der Angelegenheit eingehend zu besprechen. Hat die Stadt die Verpflichtung, für fremde Gebietstheile die Entwässerung vorzunehmen oder nicht? Auf diese Frage ist der Herr Referent gar nicht eingegangen. Wir bezeichnen diese Verpflichtung für die Stadt Berlin, die am allerwenigsten hier vorhanden ist, wo gar keine dringende Veranlassung vorliegt. Die Zurückweisung der Abflusssäule in die Flußläufe, welche der Herr Referent vorführt, fürchten wir nicht. Wir halten die staatliche Beauftragung für ausreichend. Wir haben innerhalb des Reichslandes unserer Stadt, besonders im Osten, Nordosten und Osten, noch soviel Straßen und Plätze, die nicht kanalisiert sind, noch soviel freies Land, welches aus diesem Grunde nicht bebaut werden kann. Unser eigener Herd liegt uns am nächsten; wir haben keine Veranlassung, für die Nachbargemeinde zu sorgen. Möge man den Bau der Radialsysteme für unsere Stadt nicht länger vertagen. Die Aufgaben, die wir bei uns zu erfüllen haben, sind so bedeutend, daß wir uns von dieser Arbeit durch nichts abbringen lassen dürfen. Die Herren Hausbesitzer in Schöneberg mögen ja sehr wohl wünschen, an den Vortheilen der Kanalisation Theil nehmen zu dürfen, im Interesse der Allgemeinheit liegt es aber nicht. Die berühmte Sparlosigkeit der Berliner Stadtverwaltung ist in dieser Vorlage nicht zu finden. Die Gelder, welche die Berliner Steuerzahler aufbringen, dürfen nicht zu so waghalsigen Spekulationen verwendet werden; diesen 40 Hausbesitzern zu Liebe wollen wir die Großen von Millionen nicht opfern. Wir machen den Herrn Hausbesitzern, die sich um den Anschluss eines Theils von Charlottenburg handelte, darauf aufmerksam, daß mit einem Zustimmung Beschlusse im Präjudiz geschaffen würde, daß allmählich alle Gemeinden im Umkreise Berlins diese Forderung stellen und daß wir ihnen dieses Gesuch nicht abschlagen dürfen. Wir

sollen aber nicht Sonderinteressen, sondern der Allgemeinheit dienen. — Des Weiteren kritisiert Redner die Zahlenangaben des Referenten, von denen er vermutet, daß sie deshalb nicht ins Protokoll aufgenommen sind, um sie einer eingehenden Prüfung zu entziehen. Eine gewisse Absichtlichkeit könne man einem solchen Verfahren nicht absprechen. Der Referent eines Ausschusses dürfe in einer solchen Weise nicht manipulieren. Der Magistrat motivirt seine Vorlage prinzipiell mit der famosen Redewendung, daß die „angeschlossenen“ Schöneberger an dem städtischen Gemeindegut der Riesfelder nicht partizipieren könnten. Köstlich sind die Riesfelder nur, weil sie viel kosten. 6 Mark pro laufendes Meter sind ein durchaus ungenügendes Requirivalent. In der ganzen Begründung des Magistrats findet sich kein einziger neuer Gedanke. Möge man dieser Hand voll von Hausbesitzern, die ohnehin schon genügend privilegiert sind, nicht noch neue Vortheile gewähren.

Stadtv. Weiß 1 hält den Anschlag durch die Terrainverhältnisse für geboten. Die verschiedenen Zahlengempele müsse man „im stillen Kämmerlein“ ausrechnen.

Ein Schlussantrag wird angenommen.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird nach Ablehnung aller Abänderungsanträge die Magistratsvorlage nach den Anträgen des Ausschusses in namentlicher Abstimmung mit 94 gegen 12 Stimmen genehmigt. Dagegen stimmten die Stadtv. Belleremann, Dopp, Gehrt, Görki, Herold, Limpricht, West, Dr. Schulz, Zupauer, Witte und Wallisch. Von der Bürgerpartei stimmten dafür die Stadtv. Bremer, Bietzen und Herold. Die Stadtverordneten Mitau und Singer fehlen entschuldigend.

Gestaltung der Herstellung eines Zuganges von der Michaelstraße aus zu der oberhalb derselben projektierten Badeanstalt. Der Petitionsausschuss empfiehlt durch seinen Referenten Uebergang zur Tagesordnung über diese Petition, weil das Wasser nicht rein an dieser Stelle sei und weil der Magistrat selbst mit dem Plane umgehe, Badeanstalten in großer Zahl einzurichten.

Stadtv. Solon bittet, die Petition des Unternehmers, der bereits 18000 M. hineingesteckt habe, dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. „Der Magistrat wolle ja doch nur gewöhnliche Armenbadeanstalten einrichten, die nicht von all und jedermann genutzt werden könnten.“

Stadtv. Dr. Kärten will die Petition des „Spekulanten“ zurückgewiesen sehen.

Stadtv. Dr. Langerhans findet die Gründe, die gegen die Erlaubnis angeführt werden, für wenig stichhaltig und bittet, den Antrag des Ausschusses abzulehnen.

Stadtrath Vorherdt theilt mit, daß im Laufe der nächsten Zeit der Magistrat die Punkte der Spree bezeichnen würde, wo Badeanstalten errichtet werden sollen.

Nachdem noch Stadtv. Bremer den Antrag des Stadtv. Solon empfohlen, wird der Antrag des Ausschusses auf Erledigung der Petition durch Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt. Die Petition wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Derflingerstraße 18 a. Die Vorlage geht an einen Ausschuss.

Die folgenden Gegenstände werden auf Antrag des stellvertretenden Vorsitzenden von der Tagesordnung abgesetzt. Schluss 8 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

### Lokales.

Die Redaktion der „Allgemeinen Fleischerzeitung“ sucht dahin zu wirken, daß sämtliche Berliner Schlächter vom Sonntag, den 30. d. Mis. ab ihre Läden an den Sonntag-Nachmittagen in den Sommermonaten Juni, Juli, August schließen, und haben sich hierzu bereits sämtliche Schlächter in der Linden-, Kommandanten-, Falow-, Kärstner-, Schützen-, Zimmer-, Jerusalem-, Krausen-, Koch- und Rathgrafenstraße verpflichtet. — Die Redaktion der „Allgemeinen Fleischerzeitung“, Lindenstraße 43, ersucht alle Fleischer in Berlin, ihr Einverständnis mit diesem Vorschlage per Postkarte zu erklären, und soll schon in einigen Tagen zu diesem Zweck eine Versammlung einberufen werden.

Der Pächter des Rathhauskellers, Herr Dümichen, welcher für die elektrische Beleuchtung des Kellers während des vergangenen Jahres die Summe von 30 100 Mark zahlen soll, hat sich abermals mit dem Gesuch an die Stadtverordnetenversammlung gewandt, diesen Betrag auf 20 000 Mark zu ermäßigen. Er verweist darauf, daß bei den ersten Verhandlungen über die Verpachtung für die Kosten der elektrischen Beleuchtung ein Maximum von 18 000 Mark angenommen sei, daß er außerdem noch 3000 Mark für Gas zu zahlen habe, daß ihm durch Schließung des Geschäfts während der Renovation ein Verlust von ca. 18 000 Mark entstanden sei und nunmehr alle seine Rentabilitätsberechnungen unerwartet durchbrochen würden. Der Petitionsausschuss besteht aber auf seinem Schirm und hat sich mit dem Gesuche nicht befreundet. Er verweist darauf, daß die Stadtverordneten-Versammlung gerade mit Rücksicht auf die eingetretene Pachtermäßigung von 66 000 Mark auf 30 000 Mark jährlich die Pachtdingungen ausdrücklich dahin abgeändert habe, daß der Pächter die für die elektrische Beleuchtung wirklich erwachsenen Betriebskosten zu zahlen habe. — Wenn sich Herr Dümichen während der kurzen Zeit der Renovation des Rathhauskellers selbst einen „Verlust“ von 18 000 Mark anrechnet, so scheint das Geschäft im Berliner Rathskeller denn doch immer noch ein derartiges zu sein, daß der Pächter ganz gut die etwas erhöhten Kosten der neuen Beleuchtungswiese vollständig tragen kann, zumal ihm ja die Pacht um mehr als die Hälfte reduziert ist.

Raum hat der Flieder seine Blüthen erschlossen, so beginnt auf den Kirchhöfen und in den Gärten die Jugend und leider auch mander Erwachsene den duftenden Schmutz zu pflündern. Das Aufsichtspersonal in den Anlagen kann den Unfug nicht überall rechtzeitig verhindern, oder die Frevler festhalten, um sie zur Anzeige bringen. Das Publikum sollte daher die Beamten nach Kräften unterstützen. Vor allen Dingen möge aber Schule und Haus es nicht an Wohnungen vor solchen Diebereien fehlen lassen.

Ein Sieger von Sadowa. Wir lesen in verschiedenen Zeitungen: „In einem total verkommenen Zustande, bis zu einem Skelet abgemagert, wurde vorgestern Abend ein ca. sechzigjähriger Mann vor dem Hause Friedenstraße 86 als Leiche, auf dem Bürgersteig liegend, gefunden. Der Unbekannte war dort ansehend in Folge anhaltender Entbehrungen plötzlich bemußlos zusammengedrückt und verstorben, ehe ein Arzt hinzugerufen werden konnte. In den Rocktaschen desselben fand man Papiere aus denen hervorzugehen schien, daß derselbe ein emeritirter Lebrer Christian Schulz aus Brandenburg a. S. sei. Auf Veranlassung der Polizeibehörde wurde die Leiche beaufsichtigt, der Todesursache und beaufsichtigt feststellung der Person nach dem Leichenchaubause geschafft. Allem Anschein nach war Schulz in Folge Hungers gestorben.“ Wahrscheinlich der Dant des Vaterlandes!

ar. Einer umfangreichen Zoll-Fraudation, die ein jetzt in New-York ansässiger Berliner Kaufmann, Wolf Tieg, verschuldet hat, ist man jetzt auf die Spur gekommen. Derselbe bezog in jeder Woche von einem hiesigen Fabrikanten 5-6 große Kisten mit Trikotstoffen, die er zunächst nach London schickte, von wo sie nach einer kleinen amerikanischen Hafenstadt unter der Adresse eines dort lebenden Verwandten

des Tieg verladen wurden. Die dortigen Zollbeamten kannten den Werth der „Tieg's“ nicht genügend, und so wurden denn regelmäßig die Waaren zum halben Preise versteuert. Die Kisten gingen dann vom Zollbureau direkt nach New-York, wo die Waaren wegen ihrer verhältnismäßigen Billigkeit schnellen Absatz fanden. Die Konkurrenten, deren Tieg's zum Theil von demselben Fabrikanten stammten, wunderten sich, daß Tieg dieselben billiger liefern konnte als sie; ebenso waren die Zollbeamten erstaunt über die Massenankunft der Kisten und deren sofortigen Versandt nach New-York. Sie meldeten dies dem dortigen Zollamt, das sogleich einen kundigen Taxator entsandte, der dann die ganze betrügerische Manipulation aufdeckte. Vorläufig sind alle Waarenvorräthe, sowie die Kisten auf dem Zollbureau mit Beschlag belegt, und gegen Tieg ist die Untersuchung eingeleitet.

Die Zimmerleute müssen sich nach altem Brauch ihr Handwerkzeug selbst halten, was beim Maurer nicht der Fall ist. Eine solche Zimmermanns-Equipirung kostet 60-70 M. Daher steht man die Zimmerleute von und zur Arbeit mit der Axt auf der Schulter und mit den übrigen Instrumenten bespaßt eilen, während der Maurer nur seinen Schurz im leichten Bündel trägt. Außer den Zimmerleuten müssen sich nur noch die Uhrmacher ihr ziemlich kostspieliges Handwerkzeug selbst halten, trotzdem ihr Lohn ein sehr mäßiger ist. Die Kenntnis solcher Handwerkzeuggebrauche ist sehr werthvoll für die Praxis, denn man findet auf Rechnungen für Bauarbeiten oft Ansätze für Vorkaufung von Handwerkzeug, die gar nicht gerechtfertigt sind.

Die beiden alten Siebelhäuser in der Grünstraße sind seit April geräumt, aber ihr Abruch hat sich noch verzögert, da der Erwerber nicht selber bauen will und der Weiterverkauf der alten Besitzverhältnisse wegen auf Schwierigkeiten stößt. So haben die Nachbarn seit alter Zeit Fenster nach den Höfen der Siebelhäuser hinaus und es erscheint fraglich, ob man ihnen dieses Fensterrecht nehmen kann. Denn die Gegend ist mit die älteste Stadtgegend, die wahrscheinlich schon früher bebaut war, als Berlin selbst. Man befand sich hier bis zum Fall der alten Befestigung im Jahre 1658 hart an den alten königlichen Stadtmauern. An der heutigen Brücke stand ein großer Thurm, die Tafel, und neben ihm führte eine nachts geschlossene Pforte zum Wasser. Mit vollständigen Häusern, wie dem königlichen Reitoratshause, wechselten bloße Hausbuden ab. Die Stadtmauer selbst war hier sehr stark; sie wies 7 Weibhäuser und zwei große Thürme auf und im königlichen Stadthofe standen die Kutschwagen und Pferde von Köln. Draußen, an der heutigen Friedrichsgracht, schloß ein buntes Gewirr von Sumpf und Wasserläufen die Stadt. Die Besitzverhältnisse mögen also in so alter Stadtgegend nicht ganz leicht mehr festzustellen sein. Auf manchen Hundebänken im Ausschachten darf man sicher rechnen.

Seitens der Staatsanwaltschaft zu Arnberg ist der hiesigen Reichs-Schuldenerverwaltung ein falscher Reichsscheinechein der Ausgabe von 1882 über 5 M. vorgelegt worden, der aus einer bisher noch nicht bekannten Fabrikationsstätte stammt. Nach dem von kompetenter Seite abgegebenen Gutachten bestehen die hauptsächlichsten Fälschungsmerkmale in folgendem: 1. Das zu dem fraglichen Reichs-Rassenschein verwendete Papier ist nicht zum Zwecke der Fälschung besonders angefertigt, sondern es besteht aus einem gewöhnlichen, schwach gelbemten, weichen Schreibpapier von geringer Festigkeit. Die Nachahmung des Faserstreifens ist durch Einzeichnung von unregelmäßigen Strichen mit der Feder, die blaue Tönung der betreffenden Stellen aber mit dem Zuspitzen ausgeführt. 2. Das Fälschstück ist schon bei geringer Aufmerksamkeitsleistung als eine höchst ungeschickte Nachbildung zu erkennen. Abgesehen von den auffallenden Abweichungen in den Einzelheiten, ist als ein der wesentlichen Erkennungszeichen hervorzuheben, daß bei der Datumanzeige die Jahreszahl „1882“ ausgelassen ist. 3. Der mangelhafte Druck, bei welchem überdies der Farbenton der echten Reichs-Rassenscheine nicht getroffen ist, scheint nach einer Zeichnung durch autographisches Umdruckverfahren in zwei Farben, schwarz und blau, hergestellt zu sein. 4. Die Werthbezeichnung: „Fünf Mark“, der Kontrollstempel und die Nummern sind anscheinend mit rother Tinte eingedruckt, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß auch diese durch autographisches Druckverfahren wiedergegeben sind. Die Herstellung mittelst Autographie (auf Zink oder Stein) macht es wahrscheinlich, daß mehrere Fälschstücke der vorliegenden Art angefertigt worden sind.

Eine feine Gesellschaft, aus 4 Herren bestehend, war es augenscheinlich, welche den Fuhrherrn Beer in der Weinstraße zu einer Fahrt nach Meissen angezogen. Vorher selbst angekommen, wurde in der Göbelerstraße Halt gemacht und erst nach längerem Aufenthalte die Fahrt nach dem Gutzahner Platz an der Viktoriusstraße fortgesetzt. Vor dem Restaurant R... wurde wiederum Halt gemacht und die 4 Herren, unter denen sich auch der Restaurateur R... selbst befand, begaben sich in dessen Restaurant, um sich nach den Strapazen der Bergnügungstour in angemessener Weise zu erholen, während der Fuhrherr B. mit seinem Weibchen draußen auf die Rückkehr seiner Fahrgäste wartete, allerdings vergeblich, denn nach mehrstündigem Warten wurde ihm mitgeteilt, daß seine Fahrgäste „verduftet“ seien. In Folge dieser Mittheilung begab sich B. in das Lokal des Herrn R. und fand zu seiner nicht gerade angenehmen Ueberraschung die ihm gewordene Mittheilung im vollen Maße bestätigt. Als B. nunmehr von R. sein Fahrgeld forderte, erklärte ihm dieser im gelassensten Tone: „Rauscher, Sie sind verrückt, Sie müssen nach Dallwitz!“ Diesem wollte dies aber durchaus nicht einleuchten und er verlangte nur noch kategorisch sein Fahrgeld. Die Antwort des Herrn Fahrgastes bezw. Wirthes war die, daß er den B. aufforderte, sein Lokal zu verlassen, und um dieser Aufforderung mehr Nachdruck zu verleihen, schlug er den B. in nicht gerade sanfter Weise auf den Kopf. Als nun B., um sich nicht eines Hausfriedensbruchs schuldig zu machen, der in so kräftiger Weise an ihn ergangenen Aufforderung Folge leistete und sich nach der Straße zu konzentrierte, erhielt er noch zum Abschiede vom Herrn Wirth in lebenswürdigster Weise einen Fußtritt. Da Herr R. die Zahlung des Fahrgeldes verweigerte und die anderen drei Herren durch eine Hinterthür verduftet waren, der Fuhrherr B. statt seines rechtmäßigen Fahrgeldes Fußtritte und sonstige Komplimente erhielt, so hat letzterer die 4 Fahrgäste bei der Staatsanwaltschaft wegen Betruges und den Restaurateur noch außerdem wegen Mißhandlung und Verleumdung denunzirt.

Aus Hamburg wird vom Dienstag, 18. Mai geschrieben: „Der Uebergang von kühler zu warmer Witterung vollzog sich am Montag. Schon in der Frühe wehte, im Gegensatz zu dem kühlen Nordwest- und Westwind der vergangenen Tage, ein frischer Südwest. Zwar brachte der Nachmittag noch einmal Regen und Wind, aber das Thermometer zeigte am Dienstag Morgen doch schon 6 Grad höhere Temperatur als am vorausgehenden Sonntag. Bald heulte auch der Himmel völlig auf, der Wind wendete sich nach Süd und 20 Grad Wärme stellten sich ein. Die Wetterkarten der deutschen Seewarte zeigten in den letzten Tagen zahlreiche Depressionen und Tiefminima, am Montag Nachmittag erklärten in Nord-Brund sogar eine sehr tiefe Depression von 25 Millimeter Barometerstand unter normal in ihrem Innern. Auch heute am Dienstag lagert im Westen noch das weite Depressionsgebiet, aber dasselbe nimmt an Tiefe ab und, was die Hauptsache ist, die Drucklinien verlaufen in langgestreckten Kurven, ohne Ausbuchtungen, und lassen erkennen, daß ein im Süden erdichtenes Gebiet hohen Drucks auch über Deutschland an Einfluß gewinnt. Also dürfte heute die Periode der sogenannten Rittlerfälle des Mai als abgeschlossen zu erachten sein; denn sonniges Wetter bei Südwind steigert die Tagestemperatur so bedeutend, daß auch Nachfröste ausgeschlossen sind.“

Die Reportermeldung von dem fremden Raubfall auf ein junges Mädchen, von welcher wir Notiz nahmen, stellt sich als übertrieben heraus. Fräulein R. wurde allerdings auf der Treppe ihrer in der Neuen Wilhelmstraße 1a belegenen Wohnung von einem Strolch gewürgt, es ist aber, wie der „B. B. A.“ berichtet, weder eine Brillant-Agraffe, noch etwas anderes geraubt worden. Denn auf das laute Hilfeschrei der Ueberfallenen ließ der freche Patron von seinem Vorhaben ab, ging, während die Ueberfallene einige Minuten ohnmächtig liegen blieb, schnell die Treppe hinunter und sagte den im Flur zusammengedrängten Leuten: „Ich weiß nicht, was die da oben so schreit, ich habe sie ja nur um eine Gabe angesprochen.“ Der Portier und die anderen Hausbewohner ließen den Thäter denn auch unbehindert entweichen. Die Meldung von seiner Verhaftung ist also ebenfalls nicht richtig. Fräulein R. hat außer einigen Kratzwunden keine ernstere Verletzungen erlitten. Tags darauf patrouillirte übrigens, wie dem genannten Blatt mitgetheilt wird, der freche Patron längere Zeit in der Nähe des Hauses 1a in der Neuen Wilhelmstraße auf und ab; als man aber die Polizei behufs Festnahme des Räubers requirirte, war er verschwunden.

Die Entscheidung über das Schicksal der beiden Verurtheilten im Nordproceß Marunge scheint nach der „Charl. Tagesp.“ nahe bevor zu stehen. Vorgeföhrt wurden die jüngeren Kinder der Frau Marunge in Begleitung ihres Vormundes von hier nach dem Zellengefängnis zu Moabit geführt, um von ihrer Mutter Abschied zu nehmen.

Schrecklichen Verfolgungen waren wohl gestern die Maitäfer ausgelegt und mancher Kaktien-, Eichen- oder Birkenbaum mußte einen Theil seines jungen Grün lassen. Kamenkitt im Grunewald war die Jagd nach diesem Thier eine allgemeine, die Ausbeute aber verhältnismäßig eine nur geringe und erst die nächsten Tage lassen eine größere Ernte erhoffen. Trotz heftigen Rüttelns und Schüttelns an den Bäumen, an dem sich Männer, Frauen und Kinder gleichmäßig betheiligten, war von einem „Herunterflattern“ des braunen Käfers nur selten etwas zu sehen. Die Botanikströmeln waren daher nur schwach gefüllt, als die Familien spät Abends nach Berlin zurückkehrten und so wird die Maitäferjagd noch eine große Aufgabe zu verzeichnen haben. Gestern standen die Maitäfer auf „Geld“, d. h. es wurden pro Stück 2 Pfennige verlangt. Erst wenn die „Jufuhr“ eine größere sein wird, werden die Stecknadeln an die Reihe kommen und dann wehe den armen Maitäfern, welche zahlreiche Kinder haben!

**Polizei-Bericht.** Am 18. d. M. Nachmittags wurde ein ohne Aufsicht auf der Straße spielender, 2 Jahre alter Knabe vor der elterlichen Wohnung in der Verlegerstraße von einem leeren Arbeitswagen überfahren und erlitt eine Quetschung des linken Fußes. — Um dieselbe Zeit wurde ein 7 Jahre alter Knabe in der Panstraße vor dem Hause Nr. 3 durch eigene Unvorsichtigkeit von einem Rehwagen überfahren, jedoch nicht bedeutend verletzt. — Am demselben Tage Abends fiel nach dem Schluß der Vorstellung im Kroll'schen Theater von der Fassade des Hauptgebäudes ein Stück Buz herunter und verletzte ein Mädchen, anscheinend jedoch nicht erheblich, am Kopfe. — Am demselben Tage Abends wurde ein 6 Jahre altes Mädchen in der Kaiserstraße von einem Arbeitswagen überfahren und derartig an beiden Beinen verletzt, daß es nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am 19. d. M. fiel der Schneidermeister Gutsch in der Jerusalemstraße — vermuthlich in Folge eines Schlaganfalls — plötzlich nieder und mußte mittels Droßke nach seiner Wohnung gebracht werden. — Am demselben Tage Nachmittags wurde ein Knabe, in welchem der Barbier Döhlgen mit einer Begleiterin spazieren fuhr, in der Nähe der Schillingstraße von einem Dampfer der Berliner Dampfstraßenbahn-Gesellschaft angefahren und verwundet. Die Injanzien fielen ins Wasser, wurden aber, ohne Schaden genommen zu haben, von anderen Bootsfahrern gerettet.

## Gerichts-Zeitung.

Eine die Hauseigentümer hier berührende Entscheidung fällt die sechste Strafkammer hiesigen Landgerichts I in vierter Instanz. Nach einer Polizeiverordnung vom 2. Juli 1867 müssen Abzugskanäle derartig gespült oder deskräftigt werden, daß sie sich stets in geruchlosem Zustande befinden. Nach der Anzeige eines Schuhmannes war am 5. Januar v. J. eines der Hoflosets des dem Direktor Adler gehörigen Hauses in der Dorotheenstraße verstopft, das Wasser abgeperrt und hatte sich von demselben aus ein häßlicher Geruch verbreitet. Das hiesige Schöffengericht hat den Angeklagten zu einer Geldstrafe verurtheilt, die obige Strafkammer aber denselben auf die von ihm eingelegte Berufung freigesprochen, weil die obgedachte Polizeiverordnung auf die damals noch gar nicht bekannt gewesenen Wasserlosets keine Anwendung findet. Diese Auffassung wurde auf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision von dem Strafenat des Kammergerichts reprobirt, indem dieser höchste Gerichtshof auch die Abzugskanäle der Klosets zu den in der Polizeiverordnung aufgeführten rechnet, das freisprechende Berufungsurtheil in Folge dessen aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung in die Vorinstanz zurückverwiesen hat. Es war nunmehr durch den Vertreter des Angeklagten, dem Syndikus Dr. jur. Hille, unter Beweis gestellt, daß das fragliche verschlossene Kloset am 8. Februar v. J., wie häufig sonst, mißbräuchlich benutzt und mit diversen Gegenständen verstopft worden war, so daß das Wasser zur Verhütung einer Ueberschwemmung hat abgeperrt werden müssen. Nicht nur dieser Beweis, sondern auch noch der weitere gelang, daß auch sofort der Klempnermeister K. zur Beseitigung der Verstopfung erschienen war. Nichtsdestoweniger erkannte der Gerichtshof auf Verwerfung der Berufung, da der Hauseigentümer verpflichtet sei, für dergleichen Fälle solche Vorkehrungen zu treffen, daß stets Geruchlosigkeit herbeigeführt werde.

## Vereine und Versammlungen.

Die öffentliche Versammlung der Metallschrauben-, Facondreher etc., welche am Dienstag, den 18. d. Mts., in Woblbaupt's Lokal, Rantewulfstr. 9, tagte, war von ca. 400 Personen, d. h. von der großen Mehrzahl aller hier beschäftigten Berufsgenossen besucht. Die Versammlung beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Welche Stellung nehmen wir dem, dem Fachverein von den Fabrikanten eingesandten Beschlusse, den Minimallohn betreffend, gegenüber ein? 2. Ist die Arbeitseinstellung bei der Firma Erdmann u. Grob sachlich begründet oder nicht, und wie verhalten sich die Berliner Schrauben-, Facondreher und Berufsgenossen den streikenden Kollegen gegenüber? Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung verlas der Vorsitzende Herr Jacobs zunächst den von den Fabrikanten eingesandten Minimallohnbeschlusse vom vorigen Monat. Der Vorsitzende machte bekannt, daß der Tarif wiederum mit Monats den Fabrikanten zugestellt worden sei; dies sei dringend notwendig gewesen, wenn nicht unsere (der Arbeiter) ganze bisherige Arbeit umsonst gewesen sein sollte. Auf das letzte Schreiben an die Fabrikanten sei von diesen wiederum eine Antwort eingegangen (dieselbe wird vom Vorsitzenden verlesen). Aus dem Schreiben ging hervor, daß die Fabrikanten nicht gewillt sind, an dem von ihnen eingesandten Minimallohnbeschlusse Abänderungen einzutreten zu lassen. Herr Jacobs theilte mit, daß er sich nach Empfang dieses Schreibens mit dem Vorsitzenden der Fabrikanten-Vereinigung Herrn Bartels in Verbindung gesetzt habe. Derselbe habe erklärt, es sei nicht möglich, den von den Fabrikanten ausgearbeiteten Lohnbeschlusse einzuführen, da durch die Regelung des Lehrlingsystems (das heißt durch das Aufheben des „Arbeitsburschenwesens“

in der Branche) verschiedenen Fabrikanten ihre Existenz abgeschnitten würde. Die Zahl der Arbeitsburschen könne nicht nach der Zahl der Gesellen bestimmt werden. Nach dem geplanten Lehrlingsystem sollen die Arbeitsburschen fortfallen und die Zahl der Lehrlinge nach der Zahl der Gesellen, welche der Fabrikant beschäftigt, festgesetzt werden. Herr Bartels machte den Vorschlag, der Verein solle nunmehr den früher von den Fabrikanten verworfenen Minimallohnbeschlusse des Fachvereins wieder vorlegen; derselbe sei für die Fabrikanten annehmbarer als ihr eigener Tarif. — Herr Hirsch meinte, es sei ihm eine Genugthuung, daß es sich nunmehr ereignet habe, daß der von den Fabrikanten ausgearbeitete Lohnbeschlusse ein todgeborenes Kind sei. Die Arbeiter sollten nun aber auch darnach trachten, ihren Tarif mit aller Energie durchzuführen. Die so zahlreich besuchte Versammlung zeigte, daß jetzt das Interesse der Kollegen rege genug sei und er hoffe, daß alle diejenigen, welche jetzt durch das Erheben der Hände ihre Zustimmung „u d em gestellten Antrage geben, auch energisch für denselben in der entscheidenden Stunde eintreten werden. Nachdem noch die Herren Gorn und Zimmermann in demselben Sinne gesprochen, wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Versammlung beschließt, nunmehr mit aller Energie die Einführung des Minimallohnbeschlusses zu betreiben, und beauftragt den Vorstand des Fachvereins, die Fabrikanten davon in Kenntniß zu setzen.“ Zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung forderte der Vorsitzende die Arbeiter der Fabrik von Erdmann u. Grob auf, nunmehr öffentlich klar zu legen, warum sie die Arbeit niedergelegt haben. Herr Brödel führte daraufhin folgendes aus: 1. werden an den kleinen Bänken nicht mehr wie 12—16 M. durchschnittlich pro Woche verdient; 2. kein Arbeiter wisse, wie viel er für die Arbeit bekommt, bevor die Woche um ist; 3. wollen die Fabrikanten keine „Fabrik-Kommission“ anerkennen; 4. werden den Arbeitern für das „Zuspätkommen“ Strafen abgezogen und diese Strafgeder vom Fabrikanten verwaltet. Diese Zustände hätten die Arbeiter der Fabrik von Erdmann u. Grob bezogen, folgende Forderungen an die Fabrikanten zu stellen: 1. Die Preise für die Arbeiten sind auf den Probezetteln zu vermerken; 2. die Preise sind dem Minimallohnbeschlusse entsprechend zu regeln; 3. keine Arbeit unter 200 Stück soll in Akkord gegeben werden; 4. eine Kommission in der Werkstatt soll gefastet werden, welche über die Aufrechthaltung des Minimallohnbeschlusses zu wachen hat; 5. die Strafgeder sind unter Kontrolle der Arbeiter zu stellen. Herr Hirsch spricht sich dahin aus, daß es nicht mehr als billig sei, daß der Arbeiter, wenn er eine Arbeit in Akkord übernimmt, auch vorher wissen muß, wieviel er für die Arbeit bekommt. Es sei ganz richtig, daß die Preise noch dem Minimallohnbeschlusse geregelt werden müssen, da 12 bis 16 Mark Verdienst nicht hinreichen, den Anforderungen, welche heute an den Arbeiter gestellt werden, gerecht zu werden. Eine gerechte Forderung sei es auch, keine Posten nur in Lohn zu arbeiten, da es ja derselben Einrichtung bedarf, um 1000 oder 10 Stück von einer Arbeit anzufertigen. Ohne eine Kommission in der Werkstatt sei es beinahe unmöglich, den Minimallohnbeschlusse aufrecht zu erhalten, da sonst von allen Seiten dagegen gekündigt würde. — Es sei ferner nicht mehr als billig, daß die Arbeiter eine Kontrolle über ihr eigenes Geld haben wollen, denn es sei gerichtlich festgestellt, daß die Strafgroßen Eigentum der Arbeiter sind. Herr Jacobs machte bekannt, daß eine Kommission an die genannten Fabrikanten herangetreten sei, welche ihnen die Forderungen der Arbeiter unterbreite habe. Die Kommission wurde aber mit ihren Forderungen zurückgewiesen und darauf hin haben sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelegt und erwarten nunmehr, daß ihre Kollegen mit allen Kräften hinter ihnen stehen werden. Die Versammlung wählte hierauf eine aus den Herren Jakob, Weber und Pieler bestehende Kommission, welche am Mittwoch versuchen sollte, eine Einigung zwischen den streikenden Arbeitern und den genannten Fabrikanten herbeizuführen. Folgende Resolution wurde alsdann einstimmig angenommen: „Die heute in Woblbaupt's Salon tagende öffentliche Versammlung der Schrauben-Facondreher und Berufsgenossen erklärt sich mit dem Vorgehen der Erdmann und Grob'schen Kollegen voll und ganz einverstanden und verpflichtet denselben eine energische Unterstützung für den Fall, daß keine gütige Einigung stattfindet.“

Dem Schicksal polizeilicher Auslösung verfiel die letzte bei Siemundt, Linienstraße 8, tagende Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der in der Hausfabrikation beschäftigten Arbeiter. Herr Stadtordehneter Mitau, welcher als Referent angezogen war, konnte krankheitshalber nicht erscheinen. Es wurde deshalb zunächst zum anderen Punkt der Tagesordnung: der Wahl eines Schriftführers geschritten. Gewählt wurde Herr Lehmann. Nachdem dies erledigt, kam der Vorsitzende, Herr Seeger, auf den Streik in der Hausfabrik von Grob zu sprechen. Dieser Herr habe, meinte der Redner, gegen einen in den Zeitungen erlassenen Aufruf eine Verächtlichmachung veröffentlicht. Darnach sollten die streikenden Arbeiter wegen ungenügender Leistungen entlassen worden und noch immer 300 Mann bei ihm thätig sein. Das entspreche denn aber doch nicht den tatsächlichen Verhältnissen. In der Diskussion wurde diese Auffassung noch weiter bekräftigt. Ein Redner äußerte, gütigenfalls arbeiteten 100 Mann. Dann ging man zu Anderem über. Bei Berathung der Abhaltung eines gewöhnlichen Zusammenkommens mit Familie ergriß Herr Weber das Wort, der ein solches empfahl und dazu das Lokal von Jacob, Landbergerstr. 82, in Vorschlag brachte. Zum Schluß seiner Ausführungen besprach Herr Weber den Streikbeschlusse und die letzte Verordnung des Staatsministeriums, betreffend die Beschänkung der Versammlungsfreiheit. Hierbei erklärte der überwachende Polizeibeamte die Versammlung auf Grund des § 9 für aufgelöst. Ohne jeden Zwischenfall, in völliger Ruhe, gingen die zahlreichen Anwesenden auseinander.

Der Berliner Studaten-Verein hielt am 17. d. M. seine regelmäßige Versammlung ab. Der Rechenschaftsbericht ergab folgendes Resultat. Einnahme: Aus dem Quartal Oktober-Dezember 84 Reichsmark 21 M., dazu bis dato an Beiträgen 297 M., 264 Eintrittsgelder neuer Mitglieder 132 M., eine Zellerfassung 16 M. 50 Pf., Summa 466 M. 50 Pf. Hierzu der Bestand der letzten Abrechnung 139 M. 7 Pf., ergab in Summa 605 M. 57 Pf. Die Ausgaben betragen: 110 M. 35 Pf. Bleibt demnach ein Bestand von 495 M. 22 Pf. Die Revisoren erklärten, Alles in bester Ordnung befunden zu haben und ertheilte die Versammlung dem Kassirer Decharge. Ein Antrag, dem Kassirer 3 pCt. von der Gesamteinnahme zu bewilligen, wurde angenommen. Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Statutenvorlage, wurde ein Antrag auf en bloc Annahme der Vorlage abgelehnt und in die Spezialberathung eingetreten, dieselbe wurde jedoch bei sehr lebhaften und eingehenden Diskussionen nicht weiter geführt und deshalb die Fortsetzung derselben der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung verlag. Hierauf wurden noch einige innere Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes erledigt. Zum Schluß wurde bekannt gemacht, daß in der nächsten Versammlung außer der Fortsetzung der Statutenberathung auch die Vorstandswahl stattfindet. Mitglieder haben ihre Vereinskarte vorzulegen.

Der jetzt erscheinende Jahresbericht der Nationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse der deutschen Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen (E. G., Hauptstz Gmund, Württemberg) ergibt für das verfloßene Geschäftsjahr folgende Einnahmen und Ausgaben: An Beiträgen wurden gezahlt 92 302 M. 45 Pf., Ausnahmen 2983 M. 20 Pf., Delegationsteuer 1702 M. 10 Pf., an Zinsen von den angelegten Kapitalien 1129 M. 28 Pf.; Gesamt-Einnahme 98 117 M. 3 Pf. Unterzügen wurden gezahlt an 1679 Erkrankten mit 42 844 Krankentagen 78 407 M. 79 Pf. (9 von diesen Kranken erhielten die Unterstützung ein volles Jahr).

Als Beihilfe im Ablebungsfalle wurden an die Obdienten der 27 verstorbenen Mitglieder 2685 M. gezahlt. Von diesen 27 Sterbefällen kamen 21 an Krankheiten der Athmungsorgane und war das Durchschnittsalter der Verstorbenen 32 Jahre. Die größte Zahl der gekommenen Krankheiten absorbirt das Lungen- und Brustleiden, dann kommen auswendig Rheumatismus, Schwindel, Nervenleiden, Herzleiden, Magenleiden, Kopfleiden, Verletzungen und Geschwüre wie sonstige unbedeutendere Erkrankungen. Am Anfang des Jahres 1885 besaß die Kasse 6053 Mitglieder mit 37 231 M. 41 Pf. Gesamtvermögen, Anfangs 1886 6000 Mitglieder mit einem Gesamtvermögen von 44 240 M. 23 Pf. — Als Vertreter der Mitgliedschaft Berlin zu der am 14. u. 15. Juni in Hanau stattfindenden Generalversammlung wurden in der Versammlung am 10. Mai gewählt die Herren C. Holtkamp, A. Lindemann, G. Adam, F. Schulze und A. Christoph. — Das Sommerfest der Kasse dessen Reinertrag zum Besten der Familien schwer erkrankter Mitglieder bestimmt ist, findet Sonntag, den 18. Juli, von 4 Uhr ab im Stabellager der Hochbrauerei, Tempelhofer Berg, statt und wird Näheres seiner Zeit bekannt gegeben.

\* Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. G. 29 Hamburg.) Filiale Berlin O. Sonnabend den 22. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Gartenstr. 123, bei Reitz Mitgliedsversammlung. Tagesordnung: 1. Rassenbericht. 2. Berichterstattung von der Generalversammlung in Berlin. 3. Verschiedenes. Die Zahlstellen sind an diesem Abend geschlossen. Beiträge werden in der Versammlung angenommen.

\* Berliner Verein für vollstündliche Gesundheitspflege und für Naturheilkunde. Freitag, den 29. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Gratzweil, Kommandantenstr. 77/79, Vortrag des Herrn Canig über das Trinken von Mineralwässern und seinen Werth für die Gesundheit.

In der freireligiösen Gemeinde beginnt am Sonntag Vormittag 10 Uhr, Kosenhalerstraße Nr. 38, Herr Schöler eine Reihe von Vorträgen über die Arbeit. Zutritt Jedem frei.

\* Gewerkschaft der Metallarbeiter Berlins und Umgebung. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß zu der am 18. d. M. angefangenen Versammlung im „Weddingpark“ die Genehmigung der Polizeibehörde nicht ertheilt wurde, weil der Einberufer unterlassen hatte, das Vortrags Thema anzugeben.

Die Buchdrucker-Gesellschaft, welche am Sonntag den 23. d. Mts., eine Versammlung in Jacob's Lokal, Landbergerstraße 82, abhalten wollten, haben die erforderliche Genehmigung nicht erhalten.

Koussensstädtischer Bezirksverein „Vorwärts“. Sonntag, den 23. d. M. Familien- und Parteipartie nach Johannisberg. Treffpunkt früh präzis 1/8 Uhr (für Nachzügler Nachmittags 1 Uhr) im Restaurant Milan, Wienerstr. 31. Abfahrt Berliner Bahnhof. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.

## Lezte Nachrichten.

**Ägypten.** Wie der „Vol. Kor.“ aus Kairo berichtet hat der italienische Generalkonsul de Martino in Angelegenheit der Niederrückelung der Mission des Grafen Boito wiederholt Rücksprachen sowohl mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten Nubar Pascha, als dem englischen außerordentlichen Kommissar Sir v. D. Wolff gepflogen. Auch Nubar Pascha hat die Aufforderung des Sultans einen Bericht über diesen beherrschenden Vorfall nach Konstantinopel gesendet. Man will wissen, daß es sich bei den erwähnten Besprechungen um Festsetzung einer Grundlage handle, auf welcher eventuell eine korporative Bäckigung des schuldigen Emirs bewerkstelligt werden könnte. Sollte hierüber eine Einigung erzielt werden, so würde sofort ein gleichlautender Vorschlag in Rom und London und möglicherweise auch in Konstantinopel zur Annahme empfohlen werden.

**Afghanistan.** Nach einer Depesche der „Times“ aus Daulatabad vom 14. d. M. ist die Regulierung der afghanisch-englischen Grenze bis auf manig Weilen vom Amu Darja entfernt friedigend abgeschlossen. Die Kommission wird in einigen Tagen nach dem Amu Darja zu weiterreisen, um die Grenzmarkierungen vorzunehmen.

Das Washingtoner Kabinet ist neuerdings wegen Annahme amerikanischer Fischschiffe in den kanadischen Gewässern in Berathung getreten.

**Russisches.** Wie der „Times“ gemeldet wird, haben in Petersburg zahlreiche Verhaftungen, insbesondere unter der Studentenschaft stattgefunden. Diefelben sollen mit den Verächtlichungen gegen den Jaren in Charlou und in Tschernia in Zusammenhang stehen. Nebenliches wird der „Katz.“ aus Rußisch-Boien gemeldet. Die Korrespondenz lautet: Warschau, 18. Mai. Hier haben wieder zahlreiche Verhaftungen aus dem Handwerker- und Arbeiterstande stattgefunden, dem Vernehmen nach wegen nihilistischer Agitation. Seitens der Polizeibehörde wird die Ursache dieser Verhaftungen strenges Schweigen bewahrt. So steht dies, daß namentlich unter der arbeitenden Bevölkerung eine starke Opposition gegen die bestehenden Verhältnisse sich schürt wird. Im vorigen Sommer wurden in Lublin von dem dortigen römisch-katholischen Dominikanerkloster sechs vorhandene Ordensgeistlichen drei wegen Säkularisation von Anlaten, was als antirussische Propaganda angesehen wird, nach entfernt gelegenen Gouvernements deportirt, was wiederum, da die dortige römisch-katholische Bevölkerung die Maßnahme zu verhindern suchte, unter dieser vielfache Verhaftungen zur Folge hatte. Kürzlich sind nun auch die drei Ordensgeistlichen aus dem in Rede stehenden Kloster entfernt und letzteres ist — wahrscheinlich für römisch-katholische Ordenszwecke auf immer — geschlossen worden.

**Cholera.** Rom 18. Juni 19. Mittags kamen in Bari 10 7 Choleraerkrankungen und 4 Todesfälle, in Bari 10 17 17. Mittags bis zum 19. Mittags 3 Personen an der Cholera 4 starben.

Zur Brüsseler Wahl. In Brüssel haben nämlich die Sieger der Liberalen bei der Deputirtenwahl am letzten Mittwoch größere Demonstrationen stattgefunden; gegen die Zeitungsblätter „Le Patriote“ und „Le Travail“ wurden die Straßen mit der Pfaffenwirtschaft! Stunden lang durch die Pfaffen beabsichtigten Karick gegen die Gebäude der Ministerien zurückgehalten.

**Belagerungszustand in Spremberg!** Wie wir erfahren, ist gestern vom Bundesrath auf den Antrag Preussens beschlossen worden, den kleinen Belagerungszustand in Spremberg zu verhängen.

Auf Grund des Sozialistengesetzes verboten: nicht periodische Druckschrift: „Janek Brzuda napisal Aka pod Krakowa.“ Cena: 75 ets. Genewa w drukarni Przemysla — Imprimerie de L'Aurore 1884 — ferner die Nummer 2, 3, 4 der periodischen Druckschrift: „Neue Deutsche Arbeiter-Zeitung“ vom 1. und 15. April, 1. und 15. Mai datirt, im Kommissionsverlage von Ditzel und von Stiller, Stillsenbauer daselbst redigirt. Auch das fernere Erscheinen der letzteren Zeitschrift ist untersagt.

## Briefkasten der Redaktion.

N. L. 1. Davon ist uns nichts bekannt. 2. Es werden Radfahrer.